

Transformation prägt Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Von Erika Schulz*

Zusammenfassung

Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Übernahme des bundesdeutschen Rechts- und Wirtschaftssystems verbunden waren, haben die demographische Entwicklung in Ostdeutschland nachhaltig geprägt. Auf den radikalen Umbruch in fast allen Lebensbereichen und die damit verbundenen Unsicherheiten über die persönliche Zukunft reagierten die meisten Menschen mit Zurückhaltung — dies zeigt auch ein Vergleich mit anderen Transformationsländern Mittel- und Osteuropas. Hierzu gehört vor allem der Verzicht auf (weitere) Kinder angesichts drohender oder bereits erfolgter Arbeitslosigkeit und der unsicheren finanziellen Lage. Auffällig ist auch der Rückgang der Scheidungshäufigkeit. Die Lebenserwartung nahm in Ostdeutschland stärker zu als in den alten Ländern, was auf die bessere medizinische Versorgung und die Verringerung der Schadstoffbelastung zurückzuführen sein dürfte. Insbesondere der drastische Rückgang der Geburtenzahlen wird sich nachhaltig auf die künftige Bevölkerungsentwicklung auswirken. Dadurch wird in 15 bis 20 Jahren die Generation der potentiellen Eltern im gleichen Maße zurückgehen.

Die Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland wurde in den letzten zehn Jahren — ebenso wie andere gesellschaftliche Bereiche — durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und die anschließende Einigung sowie durch die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa nachhaltig geprägt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Wanderungen als eine wesentliche demographische Determinante selbst auch einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die politischen Ereignisse in der DDR hatten. Die Flucht von etlichen hundert Personen in die ständigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin, Budapest und Prag im August 1989 setzte deutliche Zeichen. Neben den „Montagsdemonstrationen“ wurde durch diese „Migration“ der Druck auf die politische Führung merklich verstärkt. Im September 1989 öffnete Ungarn für die Botschaftsflüchtlinge aus der DDR seine Grenzen nach Österreich. Bis Ende Oktober 1989 kamen rund 170 000 Personen aus der DDR ins Bundesgebiet. Letztlich war der Druck durch die „Abstimmung mit den Füßen“ und der Ruf nach Reisefreiheit so groß, dass am 9.11.1989 die innerdeutschen Grenzen geöffnet wurden. Für den November und Dezember wurden die Fortzüge aus der DDR auf rund 220 000 Personen geschätzt.

1. Ausgangssituation 1989

Anfang 1989 hatte die DDR 16,7 Millionen und die Bundesrepublik Deutschland 61,7 Millionen Einwohner. Viele demographische Größen wiesen deutliche Unterschiede zwischen den beiden Gebieten auf. So war die Bevölkerung in der DDR im Durchschnitt jünger, der Ausländeranteil mit rund einem Prozent wesentlich geringer und die Geburtenrate sowie die Sterblichkeit höher. Im Heirats- und Scheidungsverhalten gab es ebenfalls merkliche Abweichungen. Diese demographischen Unterschiede waren Ausdruck der verschiedenen gesellschaftlichen Leitbilder und der politischen Rahmensetzungen. Deutliche Differenzen gab es beispielsweise in der Frauen- und Familienpolitik, der Bevölkerungspolitik und der Einwanderungspolitik.

Dem sozialistischen Leitbild entsprechend war es in der DDR selbstverständlich, dass Frauen, auch wenn sie (kleine) Kinder zu betreuen hatten, in den Arbeitsprozess voll integriert waren. Die festgelegte Arbeitszeit betrug 43¾ Stunden. Für Mütter mit zwei oder mehr Kindern re-

* Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, D-14191 Berlin; e-mail: eschulz@diw.de

duzierte sich die Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden.¹ Teilzeitarbeit war die Ausnahme und wurde nur „bei besonderen familiären Pflichten“ gewährt. Teilzeitarbeit war zumeist als auf 6 Stunden verkürzte Tagesarbeitszeit möglich.² Um die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit zu gewährleisten, wurde angestrebt, jedem Kind eine Krippen-, Kindergarten- und Hortbetreuung zu ermöglichen. 1989 lag der Betreuungsgrad³ im Krippenbereich bei 80 %, bei den Kindergärten bei 95 % und bei den Horten bei 81 %.⁴ Damit konnte die Kindererziehung auch den sozialistischen Vorgaben entsprechend erfolgen.

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen beherrschte das Leitbild der nicht-erwerbstätigen Hausfrau und Mutter die gesellschaftliche und politische Diskussion.⁵ Dementsprechend gering war das Angebot der außerhäuslichen Kinderbetreuung, insbesondere im Krippen- und Hortbereich. Der Betreuungsgrad lag 1989 im Krippenbereich unter 4 %, im Kindergartenbereich bei 70 % und im Hortbereich bei 4,4 %.⁶ Auch heutzutage noch folgt die Erwerbstätigkeit der meisten Mütter in Westdeutschland dem so genannten Drei-Phasen-Modell:⁷ Zunächst Erwerbstätigkeit, dann größtenteils mit der Geburt des ersten Kindes eine Erwerbsunterbrechung und dann oftmals ein Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit. Mit dem Anstieg der Bildungsbeteiligung und der zunehmenden Erwerbsorientierung der Frauen hat sich zum einen der Anteil der Frauen ohne Kinder, die zumeist ohne Unterbrechung erwerbstätig bleiben, wesentlich erhöht, zum anderen kehren Mütter heutzutage wesentlich früher und häufiger in die Erwerbstätigkeit zurück als ihre Mütter und Großmütter.⁸ Neben den gestiegenen Kosten und Opportunitätskosten der Kindererziehung (hierzu gehören auch die Alternativen der Lebensgestaltung) hat die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Bundesgebiet mit dazu beigetragen, dass der Anteil Kinderloser gestiegen ist und die Kinderzahlen insgesamt zurückgegangen sind.

Während in der Bundesrepublik im Prinzip keine aktive Bevölkerungspolitik betrieben wurde, hatte die DDR das Ziel, zumindest den Bevölkerungstand zu halten.⁹ Ein Mittel hierzu war eine gezielte Geburtenförderung. Als in der DDR Anfang der siebziger Jahre die Geburtenziffer unter das Bestandserhaltungsniveau von 2100¹⁰ fiel, wurden verstärkt pronatalistische Maßnahmen ergriffen.¹¹ Immer, wenn die Maßnahmen an Wirkung verloren, wurden neue Aktivitäten durchgeführt bzw. die bestehenden Regelungen verbessert.¹² Es wurden eine Reihe von finanziellen und nicht-finanziellen Leistungen gewährt. Zu den finanziellen Leistungen gehörten eine einmalige Geburtenbeihilfe von 1000 Mark, Kindergeld, zusätzliche Unterstützung von Müttern im Studenten- und Lehrverhältnis sowie zinslose Kredite an Ehepaare kombiniert mit dem Erlassen von Teilschulden bei der Geburt von Kindern. Zu den indirekten finanziellen Lei-

stungen gehörten der bezahlte Urlaub von 6 Wochen vor und 20 Wochen nach der Geburt, das so genannte Babyjahr (bei Bezahlung eines Entgeltes in Höhe des Krankengeldes), die bereits genannte Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohnminderung ab dem 2. Kind, bezahlte Freistellung bei Krankheit des Kindes für Alleinerziehende sowie für verheiratete Mütter ab dem 2. Kind sowie der so genannte Haushaltstag.¹³ Zwar zeigten die pronatalistischen Maßnahmen Wirkungen auf die Geburtenziffern, indem diese kurz nach Inkrafttreten neuer Maßnahmen jeweils wieder anstiegen. Die Wirkung war jedoch zeitlich begrenzt. In der Kohortenbetrachtung, also der Entwicklung nach den Geburtsjahren der Mütter, konnte eine Verringerung der Kinderzahlen insgesamt nicht verhindert werden.

Neben der stärkeren „Familienzentriertheit“ und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führte diese Politik insgesamt dazu, dass noch 1989 die zusammengefasste Geburtenziffer in der DDR deutlich über derjenigen im Bundesgebiet lag. Zudem war der Anteil kinderlos bleibender Frauen mit unter 10 % wesentlich geringer als in der Bundesrepublik. Im (alten) Bundesgebiet werden von den Geburtsjahrgängen 1946/50 rund ein Fünftel und von den Geburtsjahrgängen 1956/60 rund ein Viertel der Frauen kinderlos bleiben.¹⁴ Die pronatalistischen Maßnahmen und das gesellschaftliche Umfeld haben wohl ebenfalls dazu beigetragen, dass in der DDR eine größere Bereitschaft zu wenigstens einem Kind vorhanden war.¹⁵

Nachdem durch den Mauerbau 1961 die Arbeitskräftependler aus den östlichen Gebieten ausblieben, setzte die Bundesregierung verstärkt auf die Anwerbung von ausländischen Gastarbeitern zum Ausgleich des Arbeitsmarktes. Verträge wurden mit Griechenland, Spa-

¹ Vgl. Winkler (1990), 81 ff.

² Vgl. Vaskovics (1994), 23.

³ Betreute Kinder in den jeweiligen Einrichtungen bezogen auf 100 für die Betreuung in Frage kommenden Kinder.

⁴ Vgl. Winkler (1990), 142–144.

⁵ Vgl. auch: Kirner, Schulz, Roloff (1990), 575 ff.

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (1991), 476 und (1993), 518 sowie BMBW (1991), 32.

⁷ Vgl. Myrdal, Klein (1960) sowie Kirner, Schulz (1992a).

⁸ Vgl. Kirner, Schulz (1992b), 249–257.

⁹ Vgl. Wendt (1993), 12 f.

¹⁰ Unter Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses bei der Geburt und der Sterblichkeit, müssten 1000 Frauen im Laufe ihres Lebens im Durchschnitt 2100 Kinder zur Welt bringen, um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten.

¹¹ Einen chronologischen Überblick über ausgewählte bevölkerungspolitische Regelungen geben: Dorbritz, Fleischhacker (1995), 183–185.

¹² Vgl. Vortmann (1989).

¹³ Vgl. Wendt (1993), 15–19.

¹⁴ Vgl. Schwarz (1999), 241 f.

¹⁵ Vgl. Schwarz (1992), 248–262.

nien (beides März 1960), Türkei (Oktober 1961), Portugal (März 1964) und Jugoslawien (Oktober 1968) nach dem Vorbild des bereits 1955 mit Italien vereinbarten Anwerbeabkommens geschlossen.¹⁶ Die damalige Vorstellung eines „Gastarbeiters auf Zeit“ erfüllte sich jedoch größtenteils nicht.¹⁷ Es setzte ein Wandel zu einer auf Integration zielenden Ausländerpolitik ein, die auch darin zum Ausdruck kam, dass nach dem Anwerbestopp 1973 der Familiennachzug die Ausländerwanderungen dominierte. Im Bundesgebiet lebten 1989 rund 4,9 Millionen Ausländer, zumeist Türken, Jugoslawen und Italiener.

Zwar gab es in der DDR ebenfalls Gastarbeiter, ihre Zahl war jedoch relativ klein. Arbeitskräfte kamen im Rahmen von Regierungsabkommen in der Regel für 5 Jahre in die DDR. Das Rotationsprinzip wurde strikt eingehalten. Eine Integration war nicht beabsichtigt, eine Familienbildung in der DDR war ebenfalls unerwünscht. Zudem wurden ausländische Personen zur Aus- und Weiterbildung für eine begrenzte Zeit in der DDR aufgenommen. 1989 hatte die DDR rund 190 000 Ausländer, vornehmlich Vietnamesen, Mosambikaner und Kubaner.¹⁸

Erst über die Botschaften, dann über die innerdeutsche Grenze verlor die DDR im Jahr 1989 durch Abwanderungen insgesamt 390 000 Einwohner. Dies entsprach zwar nur 2,1 % der Gesamtbevölkerung, unter der jungen Bevölkerung war der Anteil jedoch merklich höher. In den ersten Monaten des Jahres 1990 hielten die Abwanderungen trotz politischer Weichenstellungen an.¹⁹ Auch nach den ersten freien Wahlen zur Volkskammer im März 1990 verringerten sich die Fortzüge kaum. Die bestehenden Lohnunterschiede und der zu dieser Zeit insbesondere für Facharbeiter aufnahmefähige westdeutsche Arbeitsmarkt haben hierzu sicherlich beigetragen. Ein weiterer Aspekt war die Entlohnung in DM, denn mit DDR-Mark konnten die Konsumbedürfnisse, die sich zu dieser Zeit stark auf westliche Waren konzentrierten, nicht befriedigt werden. Schlagworte dieser Zeit wie „Kommt die DM nicht zu uns, gehen wir zu ihr“ wiesen auf den permanent vorhandenen politischen Druck auf die DDR-Regierung hin. Aber auch ein Handeln der Bundesregierung wurde immer mehr gefragt. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die am 1.07.1990 in Kraft trat, sollten Zeichen gesetzt werden, dass sich ein Bleiben in der DDR lohnt. Mit diesem Tag „kam die DM in die DDR“ und durch einen Umtauschsatz im Prinzip von 1 zu 1 wurde die Kaufkraft schlagartig erhöht.²⁰ Bevölkerungs- oder familienpolitische Aussagen waren in diesem Vertrag nicht enthalten.

Im Zuge der Diskussion um ein Zusammengehen der Bundesrepublik und der DDR wurden in frauenpolitischen Kreisen die Hoffnungen laut, dass in einem geeinten Deutschland eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich sein werde. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und der Übernahme

der bundesdeutschen Gesetze wurden diese Hoffnungen rasch wieder zerschlagen. Daran änderte im Prinzip auch der Artikel 31, Absatz 2 des Vertrages zur Herstellung der Einheit Deutschlands nichts, der dem gesamtdeutschen Gesetzgeber die Aufgabe stellte „angesichts unterschiedlicher rechtlicher und institutioneller Ausgangspositionen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten“.²¹ Während sich damit in Westdeutschland kaum eine Änderung im generativen Verhalten ergab, haben die Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland zu merklichen Verhaltensänderungen geführt.

Die demographische Entwicklung in Deutschland im Zeitraum 1989 bis 1998 war vor allem geprägt durch

- massive Zuwanderungen aus dem Ausland,
- anfänglich hohe Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland und
- einem drastischen Geburtenrückgang in Ostdeutschland.

Insgesamt wanderten nach Westdeutschland im Zeitraum 1989 bis 1998 netto über 5 Millionen Personen zu, der Wanderungsverlust Ostdeutschlands belief sich auf rund 725 000. Während in Westdeutschland wanderungsbedingt der Saldo von Geburten und Gestorbenen fast ausgeglichen war, musste Ostdeutschland einen Gestorbenenüberschuss hinnehmen, der mit 745 000 sogar höher war als der Wanderungsverlust. Gegenüber dem Jahresanfang 1989 ist damit die Einwohnerzahl Ostdeutschlands um 1,4 Millionen zurückgegangen, während sich die Einwohnerzahl Westdeutschlands um rund 5 Millionen bis zum Jahresanfang 1999 erhöht hat (Tabelle 1).

2. Außenwanderungen 1989 bis 1998

Anders als in den siebziger und achtziger Jahren, in denen die Außenwanderungen vom Familiennachzug in Westdeutschland lebender ausländischer Arbeitskräfte dominiert waren und in Ostdeutschland der Wanderungssaldo von Ausländern praktisch kein Gewicht hatte, wurden die grenzüberschreitenden Wanderungen

¹⁶ Vgl. Herbert (1986), 191–195.

¹⁷ Vgl. Herbert (1986), 198.

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (1991), 72.

¹⁹ In der Zeit vom Jahresanfang 1990 bis zur Volkskammerwahl am 18.3.1990 verließen rund 170 000 Personen die DDR.

²⁰ Zu den Umstellungsbedingungen siehe im Einzelnen: Bundesregierung (1990a), 529.

²¹ Bundesregierung (1990b), 885.

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung 1970 bis 1999

Jahr	Bevölkerung am Jahresanfang			Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung			Wanderungssaldo ¹⁾		
	BRD ²⁾ alte Bundesländer	bzw. neue DDR	Ins- gesamt	BRD alte Bundesländer	bzw. neue DDR	Ins- gesamt	BRD ²⁾ alte Bundesländer	bzw. neue DDR	Ins- gesamt
	in Mill.			in 1000			in 1000		
1970	60,35	17,08	77,43	-753	-237	-990	1 794	-98	1 696
1980	61,39	16,74	78,13	-729	59	-670	1 051	-112	939
1989	61,72	16,66	78,38	-16	-7	-23	980	-344	636
1990	62,68	16,31	78,99	14	-26	-12	1 030	-350	730
1991	63,73	16,03	79,75	13	-95	-81	750	-147	603
1992	64,49	15,79	80,28	26	-102	-76	780	2	782
1993	65,29	15,69	80,97	6	-105	-99	438	24	462
1994	65,74	15,60	81,34	-12	-103	-115	280	35	315
1995	66,01	15,53	81,54	-25	-94	-119	362	36	398
1996	66,34	15,48	81,82	-8	-82	-90	253	29	282
1997	66,58	15,43	82,01	19	-67	-48	85	8	94
1998	66,69	15,37	82,06	-5	-64	-69	65	-18	47
1999*)	66,75	15,29	82,04						
	Veränderung im Zeitraum 1989 bis einschließlich 1998 insgesamt								
	5,03	-1,37	3,66	12	-745	-733	5 024	-725	4 299

*) Vorläufiges Ergebnis.
¹⁾ Einschließlich Ost-West-Wanderungen. — ²⁾ Für 1971 bis 1986 revidierte Daten aufgrund der Volkszählungsergebnisse 1987.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Jahrbücher der DDR; Berechnungen des DIW.

Deutschlands — insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre — stark durch Wanderungen geprägt, die es zum Teil seit den fünfziger Jahren praktisch kaum gab. Das Wanderungsgeschehen wurde vor allem bestimmt durch den Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern²², von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern.

Im Zuge der politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa — insbesondere aber in der Sowjetunion — wurden die Ausreisebedingungen deutschstämmiger Personen erleichtert. 1989 wurde das Potential deutschstämmiger Personen aus den ehemaligen Aussiedlungsgebieten auf rund 3,5 Millionen geschätzt. Ein Großteil dieser Personengruppe lebte in der Sowjetunion und musste unter dem sowjetischen Regime Benachteiligungen in Kauf nehmen. Obwohl die Benachteiligungen durch den politischen Wandel abgebaut wurden, entschlossen sich viele Personen — zumeist vollständige Familien und des Öfteren ganze Dorfgemeinschaften — zur Ausreise. Der Fortzug nach Deutschland bot einen Weg, nicht nur — wie viele ältere Aussiedler als Ausreisegrund angaben — „als Deutsche unter Deutschen zu

leben“, sondern auch sich eine wirtschaftlich bessere Zukunft aufzubauen. Im Zeitraum 1989 bis einschließlich 1998 kamen insgesamt 2,4 Millionen (Spät)Aussiedler ins Bundesgebiet (Tabelle 2).²³ Im Jahr 1999 wurden rund 105 000 Spätaussiedler in Deutschland aufgenommen.

Die Hälfte der zuziehenden (Spät)Aussiedler war vor der Einreise erwerbstätig. Während die (Spät)Aussiedler der ersten Zuwanderungswellen im Bundesgebiet noch relativ gute Arbeitsmarktchancen hatten, haben neu eingereiste (Spät)Aussiedler zunehmend Schwierigkeiten

²² Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, das zum 1. Januar 1993 in Kraft trat, wurde der Begriff Spätaussiedler eingeführt und im § 4 festgelegt, wer zu dieser Personengruppe gehört. Vgl. hierzu Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgengesetzen, BGBl. I, 21.12.92, 2094 ff.

²³ 1992 wurde die Aufnahme von Aussiedlern auf jährlich rund 220 000 begrenzt und mit Wirkung zum 1.1.1993 Kriterien für die Anerkennung als Spätaussiedler festgelegt. 1996 wurde die Pflicht zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse bereits im Heimatland eingeführt. Dies hat den Zuzug von Spätaussiedlern erneut begrenzt.

Tabelle 2

Wanderungen über die Grenzen Deutschlands¹⁾

— in 1000 Personen —

	Deutsche			Ausländer			Insgesamt			darunter Zuzüge von	
	Zuzüge	Fortzuzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzuzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzuzüge	Saldo	Aussiedlern	Asylbewerbern
1989	367	102	265	767	438	329	1 134	540	594	377	121
1990	421	109	312	836	465	370	1 256	574	682	397	193
1991	274	99	175	925	498	428	1 199	596	603	222	256
1992	291	105	186	1 211	615	596	1 502	720	782	231	438
1993	288	105	183	990	711	279	1 278	815	462	219	323
1994	305	138	167	778	629	148	1 083	768	315	223	127
1995	303	131	173	793	567	225	1 096	698	398	218	128
1996	252	118	133	708	559	149	960	677	282	178	116
1997	225	110	115	615	637	-22	841	747	94	134	104
1998	197	116	81	606	639	-33	802	755	47	103	98

¹⁾ In den Grenzen vom 3.10.1990.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

eine (legale) Beschäftigung zu finden. Zum einen bringen diese immer weniger deutsche Sprachkenntnisse mit, zum anderen sind die Eingliederungshilfen, wie Sprachkurse oder Um- und Fortbildungen gekürzt worden. Zudem hatte sich allgemein die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Zwar wurde 1996 der Nachweis deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise bereits im Heimatland zur Pflicht, dennoch reichen diese Sprachkenntnisse bei weitem nicht aus, um gleich eine Arbeitsstelle zu finden. Insgesamt ist die Eingliederung von (Spät)Aussiedlern im Betrachtungszeitraum schwieriger geworden, dies betrifft auch die Integration in den Arbeitsmarkt.

Die gewonnene Reisefreiheit führte jedoch nicht nur zu einem verstärkten Zuzug von (Spät)Aussiedlern, auch die Zahl der Personen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern, die in Deutschland Asyl beantragten, nahm rapide zu. Die sehr geringe Anerkennungsquote lässt vermuten, dass diese Personen die neue Freizügigkeit nutzten und oftmals aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kamen, also nicht politisch verfolgt waren. Der Zerfall des Staates Jugoslawien und die anschließenden Bürgerkriege trieben die Zahl der Asylbewerber in Deutschland weiter in die Höhe. 1992 wurden fast 440 000 Asylanträge gestellt. Die Bundesregierung reagierte mit einer Änderung des Asylrechtes zum 1. Juli 1993. Danach brauchen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Regel keinen Asylantrag mehr zu stellen und Personen, die aus so genannten sicheren Drittstaaten in die Bundesrepublik einreisen, können bereits an der Grenze abgewiesen werden. Zusätzlich wurden die Grenzkontrollen — insbesondere an der „grünen Grenze“ — verstärkt. Die Neuregelung zeigte rasch Wirkung. Bereits

1994 wurden nur noch rund 130 000 Asylanträge gestellt. In der Folgezeit sanken die Antragszahlen weiter. 1999 belief sich die Zahl der Asylanträge auf rund 100 000.

Neben den genannten Migrationströmen der Aussiedler und Asylbewerber war das Wanderungsgeschehen weiterhin durch die Zu- und Fortzüge übriger deutscher und ausländischer Personen bestimmt, so dass die Zuwanderungen von Deutschen und Ausländern insgesamt noch höher ausfielen. Die Zuzüge nach Deutschland insgesamt erreichten 1992 mit fast 1,5 Millionen einen Höhepunkt. Ein Jahr später waren mit rund 820 000 Personen die höchsten Abwanderungen zu registrieren. 1997 und 1998 verließen sogar mehr ausländische Personen die Bundesrepublik als hinzukamen. Dabei war der negative Wanderungssaldo der Ausländer teilweise auf die Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen zurückzuführen. Der Wanderungssaldo der Deutschen und Ausländer insgesamt fiel in diesen beiden Jahren unter die Marke von 100 000.

3. Ost-West-Binnenwanderungen

Neben den Außenwanderungen bestimmten insbesondere in den ersten Jahren nach der Vereinigung die Wanderungen zwischen westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern die regionale Bevölkerungsentwicklung. Ähnlich hohe Abwanderungszahlen aus Ostdeutschland wie Ende der achtziger Jahre wurden bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erreicht. Mit dem Bau der Mauer im August 1961 wurde der Wanderungsverlust der DDR gezielt und wirkungsvoll gestoppt.

Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der DDR waren in den darauf folgenden Jahrzehnten vorwiegend auf Familienzusammenführungen beschränkt. 1989 und 1990 erreichten die Abwanderungen nach Westdeutschland mit jeweils fast 400 000 wieder ein Niveau wie vor dem Mauerbau. Die Fortzüge schwächten sich in den Folgejahren jedoch rasch ab. Gleichzeitig stieg die Zahl der Zuzüge nach Ostdeutschland. 1996 und 1997 war der Binnenwanderungssaldo mit rund 14 000 bzw. 13 000 fast ausgeglichen, 1998 hat sich jedoch der Abwanderungsüberschuss wieder etwas vergrößert (30 000) und ist bis 1999 auf schätzungsweise 45 000 angewachsen.

Insgesamt sind im Zeitraum 1989 bis einschließlich 1998 per Saldo rund 1,2 Millionen Personen nach Westdeutschland gezogen. Bezogen auf die Einwohnerzahl am Jahresanfang 1989 sind dies knapp 7 %. Obwohl dieser Anteil auf den ersten Blick nicht dramatisch erscheint, ist doch zu bedenken, dass der Anteil in den einzelnen Altersgruppen wesentlich höher ausfallen kann. Binnenwanderungen werden im Allgemeinen durch Arbeitsplatz-, Ausbildungsplatz- und Ruhesitzwanderungen geprägt. Dabei ist generell die Mobilität bei den Jüngeren höher als bei den Älteren. So sind es vor allem die jüngeren Erwerbspersonen, die Ostdeutschland in Richtung Westen verlassen haben. In der Altersgruppe der 18 bis unter 25-jährigen wird der Anteil der per Saldo Fortgezogenen des Zeitraumes 1989 bis 1997 an der Bevölkerung 1989 auf 17 % geschätzt.

Obwohl insgesamt junge Erwerbspersonen fortgezogen sind, war der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktlage und Höhe der Abwanderungen in den vergangenen Jahren nicht eindeutig. So sind in den ersten beiden Jahren Personen teilweise auch aus politischen Gründen aus Ostdeutschland fortgezogen. Zwar kam hinzu, dass der westdeutsche Arbeitsmarkt — insbesondere für Facharbeiter — anfangs aufnahmefähig war und damit gute Beschäftigungschancen bestanden. In der Folgezeit, als die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland trotz des massiven Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente — wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — zunahm, gingen die Abwanderungen jedoch zurück. Dies kann teilweise mit der Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in Westdeutschland erklärt werden. Dennoch war die Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt vergleichsweise besser als in Ostdeutschland. Der Anstieg der Fortzugszahlen aus Ost- nach Westdeutschland in den beiden letzten Jahren könnte jedoch ein Hinweis darauf sein, dass sich angesichts der anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit wieder verstärkt Arbeitskräfte auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt umsehen.

Angesichts des anhaltenden Lehrstellenmangels in Ostdeutschland und der höheren Mobilität Jugendlicher hätte man erwarten können, dass die Abwanderungen nach Westdeutschland in den betreffenden Altersjahren

ansteigen werden. Dies ist jedoch nicht eingetreten. Im Gegenteil: Die Fortzüge junger Personen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren haben im Laufe des Betrachtungszeitraumes abgenommen.

Neben den Ausbildungsplatz-, Arbeitsplatz- und Alterssitzwanderungen werden die Binnenwanderungen in kleinräumiger Sicht ebenso durch das Wohnungsangebot und das Wohnumfeld bestimmt. Diese Motive lagen im Prinzip sowohl den Wanderungen innerhalb der alten Bundesrepublik als auch den Wanderungen innerhalb der DDR zu Grunde. Unterschiede ergaben sich jedoch in den Steuerungsprozessen. In der DDR waren Umzüge zumeist staatlich gesteuert, indem Arbeitskräfte für bestimmte Standorte verpflichtet wurden, beispielsweise Eisenhüttenstadt oder Rostock, und für diese (neuen oder ausgebauten) Industriestandorte auch entsprechende Neubautätigkeiten im Wohnungsbau ergriffen wurden (Beispiel Halle-Neustadt). Im alten Bundesgebiet oblag die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche den Individuen, so dass die Binnenwanderungen quasi auf Privatinitiative erfolgten. Mit dem Wegfall der staatlichen Steuerung und dem einsetzenden Strukturwandel der Wirtschaft in den neuen Bundesländern haben sich allmählich andere Binnenwanderungsstrukturen zwischen den ostdeutschen Bundesländern herausgebildet. Zwar wurden diese Binnenwanderungen hauptsächlich in den ersten Jahren durch die Ost-West-Wanderungen überlagert, der Wandel in der Wanderungsverflechtung zwischen den neuen Bundesländern ist dennoch klar erkennbar. So hat beispielsweise Rostock allein im Zeitraum 1991 bis 1997 durch Binnenwanderungen über 32 000 Einwohner verloren, während es vorher zu den Zuzugsregionen gehörte.

4. Geburtenentwicklung

Im Bundesgebiet führten das Vorhandensein wirksamer Kontrazeptiva und der Wandel und die Pluralisierung der Lebensformen bereits in den siebziger Jahren zu einer Verringerung der Geburtenzahlen. Seit Mitte der siebziger Jahre liegt die periodenspezifische zusammengefasste Geburtenziffer²⁴ deutscher Frauen bei etwa 1300. Angesichts der pronatalistischen Maßnahmen, der anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der eher auf die Familie orientierten Lebensgestaltung wurden in Ostdeutschland bis 1990 Jahr für Jahr relativ mehr Kinder geboren als in Westdeutschland (Tabelle 3). Danach setzte eine rasante Talfahrt ein. Bereits 1989 war

²⁴ Die periodenspezifische zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren im Laufe ihres Lebens gebären würden, wenn die Verhältnisse des Betrachtungsjahres konstant bleiben würden. Im Folgenden wird sie kurz Geburtenziffer genannt.

die Tendenz geringerer Kinderzahlen erkennbar, doch bis 1993 sank die Geburtenziffer auf das weltweit niedrigste Niveau von rund 760. Seitdem steigen die Geburtenzahlen zwar wieder — für 1998 wird die Geburtenziffer auf 1100 veranschlagt —, es werden aber wohl nicht mehr die Kinderzahlen wie vor der Wende erreicht. Bereits diese auf das Geburtenverhalten aller Frauen im Jahresquerschnitt bezogene Ziffer weist auf den enormen Wandel im generativen Verhalten ostdeutscher Frauen hin.

Noch deutlicher wird dieser Wandel, wenn einzelne Geburtsjahrgangskohorten betrachtet werden. Während in Westdeutschland bereits zwischen den Geburtsjahrgängen 1940 und 1950 der Mütter eine merkliche Veränderung im Geburtenverhalten beobachtet werden konnte (Abbildung 1), verhielt sich in Ostdeutschland noch die 1960er Kohorte wie ihre Mütter (Abbildung 2). Insbesondere das Verhalten der jungen Frauen glich demjenigen der Mütter, denn das Alter der Erstgeburt hatte sich mit rund 21 Jahren kaum erhöht, während es in Westdeutschland bei rund 28 Jahren lag (1960er Kohorte). Die pronatalistischen Maßnahmen und die Bedingungen bei der Wohnraumvergabe trugen mit dazu bei, dass sich Frauen in Ostdeutschland bereits in jungen Jahren für Kinder entschieden haben. Die Geburtenhäufigkeit war in den Altersjahren 20 bis 23 am höchsten und sank dann ab. Ab dem 26. Lebensjahr wurden in Ostdeutschland weniger Kinder geboren als von gleichaltrigen Frau-

en in Westdeutschland. Insbesondere in den jungen Jahren wich somit das Geburtenverhalten von demjenigen im Bundesgebiet oder anderen europäischen Staaten deutlich ab.

Die doch mehr oder weniger mit der Wende einsetzende Verhaltensänderung der Frauen wird an der 1970er Kohorte deutlich erkennbar. Diese Kohorte war 1990 20 Jahre alt. Bis zu diesem Alter lagen die Geburtenziffern nur etwas unter denen der 60er und 50er Kohorte. Bereits im 19. und 20. Lebensjahr vergrößerte sich der Abstand zu den vorangegangenen Kohorten. Danach brachen die Geburtenziffern rapide ab. Nach dem 23. Lebensjahr setzte nur langsam eine „Erholung“ ein, die im Alter 26 zu einem zweiten Gipfel in der Geburtenverteilung führte. Dieser Gipfel war jedoch nicht sehr ausgeprägt. Er deutet darauf hin, dass zwar ein Nachholeffekt von in jungen Jahren nicht realisierten Kinderwünschen eingetreten ist, dieser aber eher bescheiden ausgefallen ist.

Auch bei der 1960er Kohorte ist der „Wendeknick“ in der Abbildung 2 als Abbruch der Geburtenziffern um das 30. Lebensalter zu beobachten. Anders als bei der 1970er Kohorte ist hier jedoch keine „Erholung“ im Sinne später nachgeholter Geburten erkennbar. Dies bedeutet, dass die Geburtsjahrgangskohorten, die 1989/90 bereits zum Großteil Kinder hatten, auf weitere Kinder verzichtet haben. Dies betrifft vor allem die Frauen, die zwischen 1960 und 1968 geboren wurden. Hier werden insgesamt die „Geburtenausfälle“ am höchsten sein. Ein „Nachhol-

Tabelle 3

Geburtenziffern

Geburtsjahrgang der Mütter	Kohortenspezifische Geburtenziffern ¹⁾		Kalenderjahr	Periodenspezifische zusammengefaßte Geburtenziffern ²⁾		
	Deutsche			Ausländer ³⁾	Deutsche	
	Westdeutschland	Ostdeutschland			Westdeutschland	Ostdeutschland
1930	2 148	-	1987	1 327	1 740	1 913
1940	1 956	2 015	1988	1 373	1 670	1 905
1950	1 669	1 802	1989	1 342	1 572	1 875
1955	1 589	1 798	1990	1 401	1 517	1 836
1960	1 562	1 776	1991	1 370	977	1 723
1965	1 402	1 508	1992	1 347	824	1 702
1970	1 361	1 324	1993	1 339	764	1 611
1975	1 353	1 360	1994	1 287	765	1 514
1980	1 340	1 341	1995	1 283	834	1 454
1985	1 331	1 331	1996	1 339	946	1 509
1990	1 325	1 325	1997	1 386	1 039	1 517
1995	1 323	1 323	1998 ⁴⁾	1 350	1 100	1 500

¹⁾ Summe der altersspezifischen Geburtenziffern (Geburten je 1000 Frauen in den jeweiligen Altersjahren) der Frauen gleichen Geburtsjahrganges. — ²⁾ Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren des Betrachtungsjahres. — ³⁾ Nach der Legaldefinition (beide Elternteile Ausländer und nichteheliche Kinder ausländischer Mütter). Von 1988 an Berechnungen des DIW. — ⁴⁾ Geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Jahrbücher der DDR; Berechnungen des DIW.

Abbildung 1

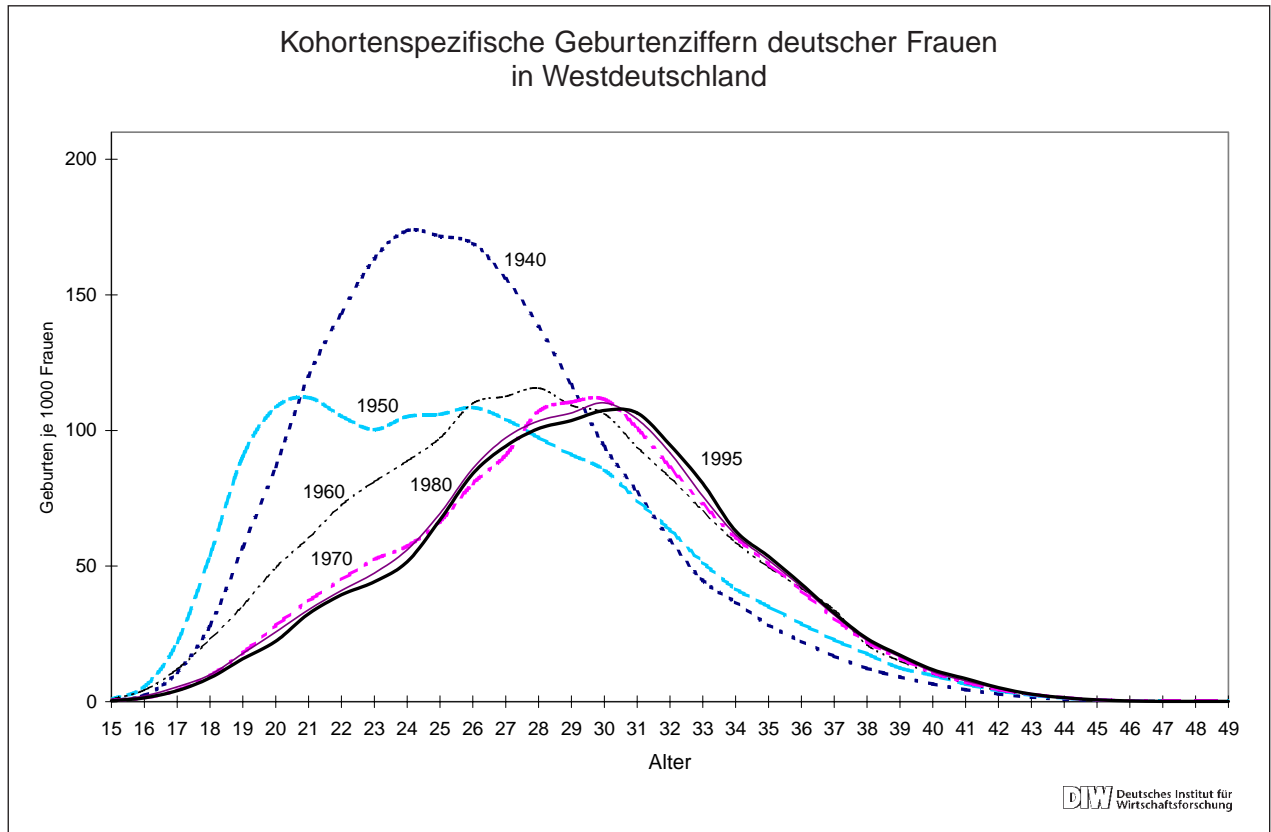
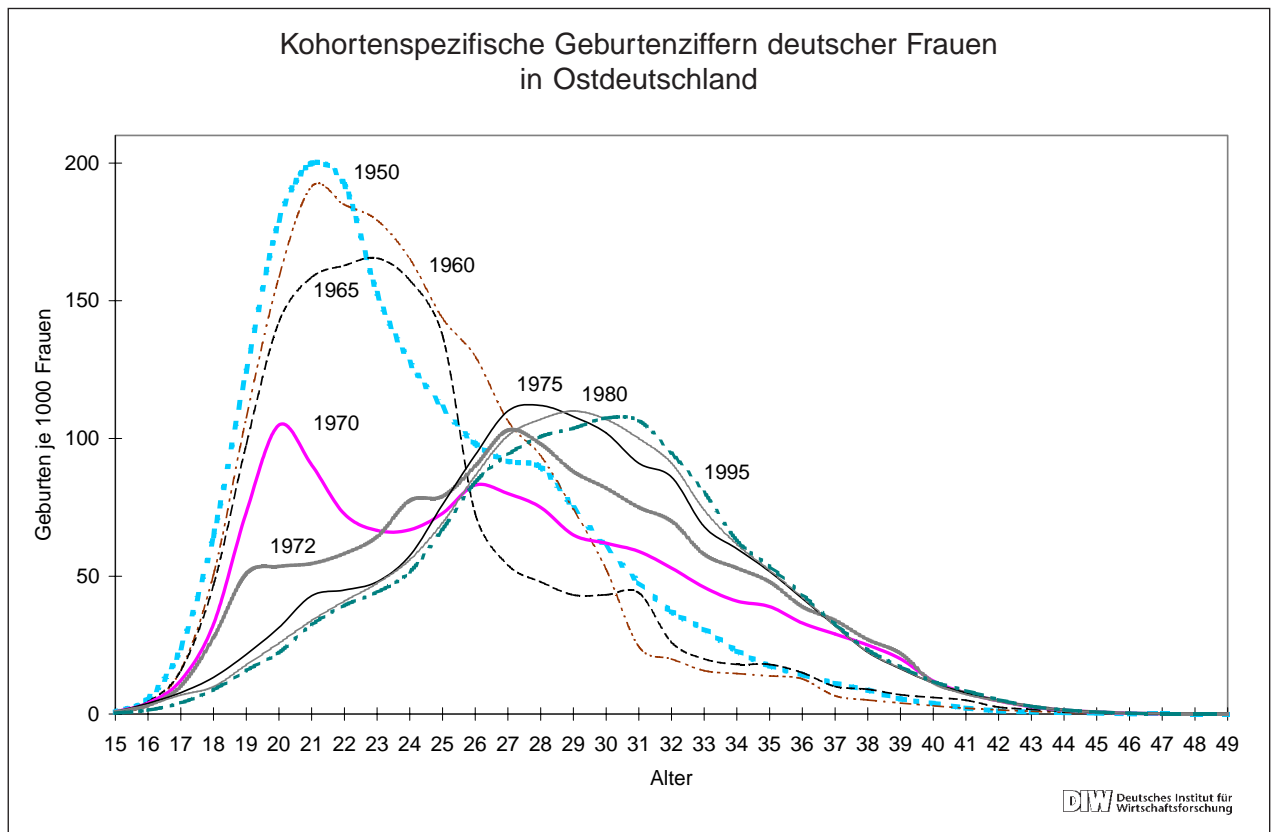


Abbildung 2



effekt“ in jungen Jahren ausgefallener Geburten ist lediglich bei den jüngeren Geburtsjahrgangskohorten zu erwarten, wobei das Geburtenniveau insgesamt niedriger ausfallen wird, also von diesen Kohorten nicht mehr die Kinderzahlen der vorangegangenen Kohorten erreicht werden.

Die 1972 und später geborenen Frauen weisen ein von der Elterngeneration deutlich abweichendes generatives Verhalten auf. In den bislang zu beobachtenden Jahren haben sich die Geburtenziffern in Ostdeutschland denen der Frauen in Westdeutschland angenähert, liegen jedoch noch für jedes Altersjahr über den westdeutschen Werten. Insbesondere in den jungen Altersjahren werden merklich weniger Kinder geboren als von der 1970er Kohorte. Das Geburtenverhalten der ostdeutschen Frauen in den letzten zehn Jahren deutet insgesamt darauf hin, dass die Erstgeburt auf ein späteres Lebensjahr verlagert wird, und die realisierte Kinderzahl insgesamt zurückgeht. Hier zeigt sich eine Annäherung an die Verhältnisse in Westdeutschland.²⁵ Eine Rückkehr zu alten Verhaltensweisen erscheint aus heutiger Sicht unwahrscheinlich.

Die im Zuge der Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einsetzende Verhaltensänderung der ostdeutschen Frauen wurde zwar erwartet, das Ausmaß wurde jedoch nicht vorhergesehen. Erwartet wurde, dass der Wegfall geburtenfördernder Maßnahmen sowie die Liberalisierung bei der Wohnraumvergabe die Geburtenhäufigkeit insbesondere in den jungen Altersjahren der Mütter reduzieren wird. Hinzu kam die Vermutung, dass die Kosten der Kinderbetreuung steigen werden (in der DDR war für die außerhäusige Kinderbetreuung nur ein geringes Entgelt zu zahlen) und es wurde auch befürchtet, dass der bis zur Vereinigung gute Betreuungsgrad nicht aufrecht erhalten werden könnte. Erwartet wurde zudem, dass die Alternativen der Lebens- und Freizeitgestaltung zunehmen und damit die Opportunitätskosten der Kindererziehung steigen werden. Aber nicht nur die Alternativen würden steigen — so die Erwartung —, sondern auch die Unsicherheiten über die (persönliche) Zukunft.²⁶ Während in der DDR erst mit dem Schul- und dann Berufsabschluss der beruflichen und damit oftmals auch der persönliche Werdegang quasi vorgezeichnet waren, ermöglichte der Übergang zur Marktwirtschaft nicht nur die freie Bildungs- und Berufswahl. Sie stellte an den Einzelnen auch bislang nicht gekannte Anforderungen an die Selbstinitiative, die Risikobereitschaft und Selbstverantwortung. Hierzu gehörte auch das zuvor nicht gekannte Risiko der Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit einer beruflichen Umorientierung. Der Systemwandel erforderte eine Neuorientierung jedes Einzelnen und dies in einer kurzen Zeitspanne.

Die rapide Veränderung des generativen Verhaltens ist somit auch Ausdruck des raschen Systemwechsels mit

Änderungen in vielen, den Einzelnen betreffenden Bereichen. Der Einbruch der Geburtenzahlen in den Kalenderjahren bis 1994 und der anschließend einsetzende leichte Anstieg ist die Kumulation von Einzeleffekten: Bei den „älteren“ Kohorten, die bereits Kinder hatten, ist dies insbesondere der Verzicht auf weitere Kinder. Mit fortgeschrittenem Alter der Frauen sind hier auch keine Nachholeffekte zu erwarten. Bei den „mittleren“ Kohorten wirkte sich die Systemumstellung in einer Unterbrechung des regenerativen Verhaltens mit einem Verschieben (weiterer) Geburten und/oder einem Verzicht auf (weitere) Kinder angesichts des Wandels in der individuellen Lebenslage, der Lebensgestaltung und der Lebensziele aus. Neben der drohenden Arbeitslosigkeit und der Befürchtung, bei einer (erneuten) Schwangerschaft den Arbeitsplatz zu verlieren, spielten auch die Kosten der Kindererziehung eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Nach dem „Fertility and Family Survey“ von 1992 fanden in Ostdeutschland rund 70% der Befragten ohne (weiteren) Kinderwunsch, dass ein (weiteres) Kind zu hohe Kosten verursachen würde.²⁷ Das generative Verhalten dieser Kohorten findet quasi in zwei Welten statt: der sozialistischen und der marktwirtschaftlichen. Ein solcher Weltenwechsel ist nicht friktionslos, was letztendlich einen Geburtenverlust zur Folge hat. Bei den „jungen“ Kohorten sind von vornherein andere Lebensvorstellungen und Einstellungen in Bezug auf Kinder für das generative Verhalten prägend. Sie ist kaum noch von den Leitbildern beeinflusst, die für ihre Eltern ausschlaggebend waren. Zwar ist die Sozialisation auch der 1972er Kohorte noch von der westdeutschen unterschiedlich, denn die Personen haben die Kindheit in der DDR verbracht und wurden durch die Leitbilder ihrer Eltern geprägt. Die Lebensgestaltung richtet sich jedoch ebenso nach der gegenwärtigen Lebenssituation und der Zukunftserwartung, die sich radikal gewandelt haben.

Der periodenmäßig gemessene drastische Geburten-einbruch relativiert sich, wenn die endgültige Kinderzahl der Kohorten betrachtet wird. Hier ist die Veränderung im generativen Verhalten freilich ebenfalls sichtbar. Der Rückgang der insgesamt Geborenen weist auf Grund von zeitlichen Verlagerungen jedoch zwischen den Kohorten einen stetigeren Verlauf auf. Es wird erwartet, dass die kohortenspezifische Geburtenziffer von 1776 für die 1960er Kohorte bis auf rund 1320 für die 1970er Kohorte zurückgeht und für die folgenden Kohorten in etwa auf diesem Niveau verbleibt.

Zwischen dem Bundesgebiet und der DDR bestanden nicht nur merkliche Unterschiede in den Kinderzahlen, sondern auch im Anteil kinderlos bleibender Frauen. In

²⁵ Vgl. hierzu ausführlicher Schulz (1995), 580 f.

²⁶ Vgl. Schulz, Vortmann (1990), 315 f.

²⁷ Vgl. Roloff (1996), 106.

der DDR lag der Anteil kinderlos bleibender Frauen quasi im Rahmen der natürlichen Unfruchtbarkeit. Es liegt die Vermutung nahe, dass mit dem Wandel der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und der zunehmenden Pluralisierung der Lebensformen in Ostdeutschland auch hier der Anteil kinderlos bleibender Frauen steigen wird. Ein Nachweis eines steigenden Anteils kinderlos bleibender Frauen ist in der kurzen Zeitspanne von 10 Jahren zwar noch nicht möglich, aber die Ergebnisse des Mikrozensus weisen bereits in diese Richtung hin. So ist der Anteil der Frauen im Alter von 25 bis unter 35 Jahren, die keine im Haushalt lebenden Kinder haben, deutlich von rund 17 % im Jahr 1993 auf rund 31 % im Jahr 1998 gestiegen.

In der DDR war zwar auf der einen Seite der Anteil kinderlos bleibender Frauen wesentlich geringer, andererseits war der Anteil der Schwangerschaftsabbrüche wesentlich höher und dies bei einer freizügigen Regelung der Abgabe wirksamer Kontrazeptiva. In den siebziger und achtziger Jahren lag die Abbruchquote in der DDR bei rund 30 %, im Bundesgebiet bei rund 10 %. In der DDR war die Grundlage der Schwangerschaftsabbrüche die Fristenlösung, in der Bundesrepublik die Indikationenlösung. Es waren vor allem die jungen (unter 18 Jahre) und die älteren (über 40-jährigen) Frauen, die eine Schwangerschaft abbrachen. Während in den jungen Jahren zumeist ungewollte Schwangerschaften von Frauen ohne feste Partnerbindung abgebrochen wurden, stand bei den älteren oftmals eine ungewollte Schwangerschaft von dritten und weiteren Kindern im Vordergrund. Die Abbruchwahrscheinlichkeit war bei geschiedenen Frauen höher als bei verheirateten.²⁸ Roloff kommt zu dem Schluss, dass die freizügige Handhabung des Schwangerschaftsabbruchs in der DDR vornehmlich infolge mangelnder Sexualerziehung nicht als Letztes, sondern als ein Mittel der Familienplanung missbraucht wurde.²⁹

Auch nach der Einigung und damit einer bundeseinheitlichen Regelung sind die Unterschiede in der Abbruchhäufigkeit geblieben. Die Abbruchneigung ist bei ostdeutschen Frauen wesentlich höher als bei westdeutschen. Neben dem anderen Erfahrungshorizont und der anderen Sozialisation scheint für die Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch u. a. die Einbindung in eine Konfession und Kirchengemeinschaft eine nicht zu vernachlässigende Rolle zu spielen. Nach den Gründen des Schwangerschaftsabbruchs gefragt, gaben die meisten ostdeutschen Frauen finanzielle Probleme an, gefolgt von (drohender) Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit. Frauen waren dabei eher bereit, eine Schwangerschaft abzubrechen als einen möglichen Verlust ihres Arbeitsplatzes oder eine Unterbrechung der Aus- und Weiterbildung in Kauf zu nehmen. Bei den westdeutschen Frauen standen die finanziellen Probleme ebenfalls an erster Stelle, gefolgt von hoher Belastung und

Zukunftsängsten.³⁰ Die Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruchs war jedoch geringer.

Neben der These, dass sich das ostdeutsche Geburtenverhalten insgesamt an die westdeutschen Verhältnisse angleichen wird, die durch die bisherige Entwicklung gestützt worden ist, wurde diskutiert, ob sich auch in Bezug auf die regionalen Unterschiede im Geburtenverhalten ähnliche Muster wie in Westdeutschland herausbilden werden. Im alten Bundesgebiet besteht ein klares Land-Stadt-Gefälle in der Geburtenhäufigkeit. Dies liegt zum einen daran, dass in den Städten Studentinnen und voll erwerbstätige Frauen, die zu einem Großteil kinderlos sind, einen höheren Anteil an den Frauen haben. Dies liegt zum anderen daran, dass auf dem Lande Frauen traditionell eher familienorientiert sind und häufiger zwei oder drei Kinder haben. Hinzu kommt, dass Familien mit Kindern oftmals aus der Stadt ins Umland ziehen.

Zwar war in der DDR das Geburtenverhalten in den Bezirken ebenfalls uneinheitlich. Dies konnte jedoch nicht auf unterschiedliche Verhaltensweisen in ländlichen und städtischen Regionen zurückgeführt werden. Denn das Geburtenverhalten der Frauen hing grundsätzlich nicht davon ab, ob diese noch in der Ausbildung, im Studium oder bereits im Beruf waren. Und Frauen, die sich ausschließlich der Familientätigkeit widmeten waren eine seltene Ausnahme. Gleichwohl könnten die beobachteten regionalen Unterschiede in den Geburtenraten auf traditionell verschiedenen Verhaltensmustern basieren, die unter den veränderten Rahmenbedingungen wieder an Bedeutung gewinnen könnten.

Die Befürworter der These, dass sich auch in Ostdeutschland ein Land-Stadt-Gefälle im Geburtenverhalten aufbauen wird, gehen davon aus, dass Studentinnen und erwerbstätige Frauen unter den veränderten Rahmenbedingungen wesentlich weniger Kinder haben werden und sich andererseits Frauen in den ländlichen Gebieten auf Grund der anhaltenden Arbeitslosigkeit vom Arbeitsmarkt zurückziehen und sich der traditionellen Familientätigkeit widmen werden. Diese These wird von denjenigen bezweifelt, die keine Anzeichen dafür sehen, dass sich an der auch in den ländlichen Gebieten nach wie vor hohen Erwerbsorientierung der Frauen künftig etwas ändern wird. Hiernach würde eher der Trend der allgemeinen Verringerung der Geburtenraten überwiegen und die regionalen Unterschiede nur von untergeordneter Bedeutung sein.

Die Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der strukturelle Wandel der Wirtschaft und der Arbeitsplatzabbau betrafen zwar generell alle Regionen Ostdeutschlands, in den ländlichen

²⁸ Vgl. Roloff (1997), 41 f.

²⁹ Vgl. Roloff (1997), 111.

³⁰ Vgl. Roloff (1997), 108 f.

Gebieten stieg die Arbeitslosigkeit jedoch stärker an als in den städtischen Räumen. Insbesondere für Frauen konnten in den ländlichen Gebieten kaum neue wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Betrachtet man gleichzeitig, dass auch hier der Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen vorangeschritten ist, so hat sich die Lage für erwerbswillige Mütter wesentlich geändert. Bei Frauen, die erwerbstätig sind, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwieriger geworden, da oftmals lange Strecken zwischen Wohn- und Arbeitsort zurückgelegt werden müssen. Hingegen sind bei arbeitslosen Frauen die Opportunitätskosten der Kindererziehung des ersten Kindes oder weiterer Kinder geringer als bei erwerbstätigen Müttern. Dies spricht für die These, dass sich im Laufe der Zeit eine Differenzierung des generativen Verhaltens herauskristalisieren könnte. Frauen, die eine Erwerbstätigkeit haben, werden vermutlich im stärkeren Maße als früher kinderlos bleiben. Frauen, die längere Zeit arbeitslos geblieben sind, könnten sich enttäuscht vom Arbeitsmarkt zurückziehen und sich eventuell für die Familientätigkeit entscheiden. Insgesamt könnte deshalb in ländlichen Gebieten — insbesondere in den Bezirken, in denen bereits zu Zeiten der DDR eine vergleichsweise hohe Geburtenrate erzielt wurde — die Geburtenziffer über den ostdeutschen Durchschnitt steigen.

Die Entwicklung der Geburtenziffern in den einzelnen ostdeutschen Bundesländern zeigt, dass in allen Regionen zunächst der generelle Trend des drastischen Geburtenrückganges überwog. Es gab keine merklichen Unterschiede zwischen den Geburtenziffern mehr. 1994 lagen die zusammengefassten Geburtenziffern zwischen 736 und 786. Erst in den letzten Jahren zeichnet sich eine differenzierte Entwicklung ab. So ist z. B. im ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern die Geburtenziffer stärker angestiegen als in Ostberlin. Die Entwicklung ist jedoch noch nicht so ausgeprägt, dass hieraus abgeleitet werden könnte, ob sich ein Land-Stadt-Gefälle wie in Westdeutschland herausbilden wird.

Seit dem Bestehen der DDR lag der Anteil der nicht ehelich Geborenen weit über demjenigen der Bundesrepublik. Während im Bundesgebiet seit Mitte der 40er Jahre der Anteil der nicht ehelich Geborenen von rund 16 % (1946) bis auf 4,7 % (1965) zurückging, fiel der Rückgang in der DDR von rund 19 % auf 9,8 % merklich geringer aus (Tabelle 4). Bis Ende der achtziger Jahre erhöhte sich der Anteil nicht ehelich Geborener auf rund ein Drittel, in Westdeutschland stieg er auf rund 10 %.

Die unterschiedliche Rate nicht ehelicher Kinder ist teilweise auf die unterschiedlichen Wertehaltungen und Unterschiede in der gesellschaftlichen Akzeptanz zurückzuführen. In der Bundesrepublik galt es lange Zeit quasi als „Schande“, wenn Frauen ohne Trauschein Kinder bekamen. Schwangere Schülerinnen wurden oftmals gezwungen, die Ausbildung abzubrechen. Ein

Tabelle 4

Anteil nichtehelich Geborener

Jahr	Westdeutschland	Ostdeutschland
1946	16,38	19,25
1950	9,73	12,79
1955	7,86	13,00
1960	6,33	11,60
1965	4,69	9,81
1970	5,46	13,30
1975	6,12	16,14
1980	7,56	22,84
1985	9,40	33,81
1988	10,03	33,44
1989	10,22	33,64
1990	10,49	34,99
1991	11,11	41,72
1992	11,59	41,82
1993	11,87	41,09
1994	12,43	41,44
1995	12,89	41,77
1996	13,68	42,39
1997	14,27	44,10

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Wandel in der öffentlichen Einstellung und der gesellschaftlichen Akzeptanz setzte hier erst in den siebziger und achtziger Jahren ein.³¹

In der DDR, in der die Familienpolitik lange Zeit als Bestandteil einer umfassenden Sozialpolitik verstanden wurde,³² stand die Frau und ihre Kinder im Vordergrund und nicht so sehr — wie im alten Bundesgebiet — die Familie. So hatten die direkten und indirekten finanziellen Zuwendungen zumeist die Frauen im Blickfeld. Uneheliche Geburten wurden in der sozialistischen Gesellschaft nicht nur eher akzeptiert, allein erziehende Mütter erhielten besondere finanzielle und nichtfinanzielle Hilfen (z. B. einen Krippenplatz, Freistellung von der Arbeit bei Krankheit des Kindes, Bevorzugung bei der Wohnraumvergabe). So war es für viele Paare attraktiv, zuerst Kinder zu bekommen und später zu heiraten.³³

³¹ Auch heute noch prägt die Einstellung zu Ehe und Geburt die gesellschaftliche Einordnung dieser Ereignisse. In den Statistiken des Statistischen Bundesamtes erstrecken sich etliche Tabellen lediglich auf die ehelich Geborenen (manchmal einschließlich der nachträglich Legitimierten). So werden die Kinder nach der Ordnungsnummer der Geburt nur für die ehelich Geborenen ausgewiesen. In den Statistiken der DDR gab es hingegen auch Auswertungen über die Lebendgeborenen insgesamt nach der Lebendgeburtenfolge. Da ein zunehmend größerer Teil der Kinder nicht ehelich geboren wird, wäre hier eine entsprechende Änderung der Statistiken sicherlich angebracht und würde die Analyse-möglichkeiten erweitern.

³² Vgl. Wendt (1993), 12.

³³ Vgl. Dorbritz (1997), 243.

Die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz nicht ehelich Geborener und der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften gepaart mit der Bevorzugung Alleinerziehender bei der Vergabe außerhäuslicher Kinderbetreuungsplätze dürften Motive des anhaltenden Anstiegs Alleinerziehender in Deutschland sein. 1997 waren in Westdeutschland 14 % und in Ostdeutschland 44 % der Geborenen nicht ehelich.

5. Eheschließungen und Ehescheidungen

Die höhere Zahl nicht ehelich Geborener in Ostdeutschland — auch bereits zu Zeiten der DDR — weist auf ein anderes Heiratsverhalten als in Westdeutschland hin. In den siebziger und achtziger Jahren lagen die zusammengefassten Erstheiratsziffern trotz höherer nicht Ehelichenquote der Geborenen über denjenigen in Westdeutschland (Tabelle 5). Dies ist mit einem Vorziehen der Geburt vor die Eheschließung zu erklären. Oftmals wurde eine Eheschließung erst bei der Geburt des zweiten Kindes lukrativ, da dann auch verheiratete Mütter die gleiche Förderung wie Alleinerziehende erhielten. Dieses Verhalten hat sich im Laufe der Zeit verändert. Die Erstheiratsziffern sind in Ostdeutschland in den letzten zehn Jahren wesentlich stärker gefallen als in Westdeutschland, das heißt, die Heiratsneigung hat merklich nachgelassen. Zudem hat sich das durchschnittliche Erstheiratsalter um rund 3½ Jahre erhöht und sich damit dem westdeutschen Wert angenähert.

Das Scheidungsgeschehen kann am besten durch die zusammengefasste Ehescheidungsnummer erfasst werden, die angibt, wie viele von 1000 Ehen eines Eheschließungsjahrganges nach einer bestimmten Ehedauer — zumeist 25 Jahre — geschieden worden wären, wenn die Verhältnisse des Betrachtungsjahres konstant geblieben wären.³⁴ Bis 1989 war die Scheidungshäufigkeit in der DDR höher als im Bundesgebiet. Nach den Verhältnissen des Jahres 1989 wären in Westdeutschland rund 30 % der Ehen geschieden worden, in der DDR rund 37 %. Nach 1989 setzte ein deutlicher Wandel im Scheidungsverhalten in Ostdeutschland ein. Bereits 1990 sank die zusammengefasste Scheidungsnummer auf 22,3, danach setzte hier — wie bei den Geburtenzahlen — ein drastischer Rückgang ein. Nach den Verhältnissen des Jahres 1991 wären nur noch rund 6 % und nach den Verhältnissen des Jahres 1992 etwa 8 % der Ehen nach 25-jähriger Ehedauer geschieden worden. Der drastische Rückgang der Scheidungshäufigkeit ist nicht nur auf einen individuellen Scheidungsverzicht, sondern auch auf die Umstellung der Arbeit der Gerichte und die Einführung des bundesdeutschen Scheidungsrechts mit dem „Trennungsjahr“ zurückzuführen.³⁵ Die gesunkene Scheidungsneigung wurde von Dorbritz/Gärtner damit erklärt, dass der gesellschaftlichen Umruhsituation die Stabilität der Familiensituation gegenübergestellt wurde. Im Zeitverlauf scheint sich die-

³⁴ Vgl. Dorbritz, Gärtner (1998), 373–458.

³⁵ Vgl. Dorbritz, Gärtner (1998), 421.

Tabelle 5

Kennzahlen zu Eheschließungen und Ehescheidungen

Jahr	Zusammengefasste Erstheiratsziffer ¹⁾				Durchschnittliches Heiratsalter Lediger						Zusammengefasste Scheidungsziffern ²⁾	
	Westdeutschland		Ostdeutschland		Westdeutschland			Ostdeutschland			West-	Ost-
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Altersu.	Männer	Frauen	Altersu.	deutschland	
1950	135	112	.	.	28,1	25,4	2,7
1960	106	106	101	105	25,9	23,7	2,2	23,9	22,5	1,4	.	.
1970	90	97	101	98	25,6	23,0	2,6	24,0	21,9	2,1	151,0	.
1980	64	66	79	81	26,1	23,4	2,7	23,9	21,8	2,1	215,0	.
1990	60	64	58	64	28,4	25,9	2,5	25,8	23,7	2,1	291,7	223,1
1991	57	62	28	31	28,7	26,2	2,5	26,6	24,5	2,1	302,3	63,9
1992	56	62	28	32	29,0	26,5	2,5	27,1	25,1	2,0	295,7	77,8
1993	54	61	29	34	29,3	26,9	2,4	27,6	25,5	2,1	325,3	140,7
1994	54	60	32	38	29,6	27,2	2,4	28,0	26,0	2,0	337,0	181,2
1995	53	60	33	40	29,9	27,5	2,4	28,5	26,4	2,1	340,5	193,0
1996	57	61	33	41	30,1	27,7	2,4	29,0	26,7	2,3	352,6	213,5
1997	54	61	33	41	30,4	27,9	2,5	29,3	27,0	2,3	373,2	257,1

¹⁾ Von 100 Ledigen würden ... heiraten. Berechnungen des BiB. — ²⁾ Summe der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern, die sich als geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrganges je 1000 geschlossene Ehen des gleichen Jahrganges ergeben, für Ehedauer von 0 bis 25 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

ser „Sicherheitseffekt“ abgeschwächt zu haben. Denn in den Folgejahren ist die Scheidungshäufigkeit wieder gestiegen. Nach den Verhältnissen 1997 wurde rund ein Viertel aller Ehen in Ostdeutschland geschieden, in Westdeutschland lag die Scheidungshäufigkeit allerdings mit rund 37 % wesentlich höher.

Die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern zeigen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland das bekannte Phänomen, dass ein Großteil der Ehen bereits nach kurzer Ehedauer geschieden wird. Die Scheidungshäufigkeit war bei den älteren Eheschließungsjahrgängen in Ostdeutschland im zweiten und dritten Ehejahr am größten, in Westdeutschland im 4. Eheschließungsjahr. Bei dem Eheschließungsjahrgang 1980, also den Paaren, die zum Zeitpunkt der Wende 10 Jahre verheiratet waren, spiegelt sich der periodenspezifisch gemessene Rückgang der Scheidungsziffern in einer deutlichen Verringerung der Scheidungshäufigkeit in den Folgejahren wider. Da die bislang beobachteten Scheidungshäufigkeiten unter denjenigen der Eheschließungskohorte des Jahres 1970 liegen, kann insgesamt von einer größeren Stabilität der noch bestehenden Ehen ausgegangen werden. Es hat also kaum „Nachholeffekte“ von Ehescheidungen gegeben. Von dem Eheschließungsjahrgang 1990 wurden in dem bislang zu beobachtenden Zeitraum merklich weniger Ehen geschieden als von den früheren Eheschließungsjahrgängen. Es wurden jedoch auch wesentlich weniger Ehen geschlossen, so dass hier eventuell die These von der positiven Auswahl, die besagt, dass bei niedriger Heiratshäufigkeit die Ehen eine höhere Stabilität aufweisen, zutreffen könnte.³⁶

6. Lebenserwartung

In den letzten Jahrzehnten ist die Lebenserwartung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland stetig gestiegen. Nach der Sterbetafel 1996/98 werden männliche Neugeborene in Westdeutschland rund 74,4 Jahre, in Ostdeutschland rund 72,4 Jahre alt; weibliche Neugeborene erreichen in Westdeutschland das 80. Lebensjahr und in Ostdeutschland das 79. Lebensjahr (Tabelle 6). Nach der Sterbetafel 1970 war die Lebenserwartung mit rund 68 Jahren (Männer) bzw. 73 Jahren (Frauen) noch deutlich geringer, wobei sie in Ostdeutschland sogar etwas höher als in Westdeutschland war. Während in den siebziger und achtziger Jahren die Steigerung der Lebenserwartung in Ostdeutschland hinter der Entwicklung in Westdeutschland zurückblieb, setzte nach der Wende ein „Aufholprozess“ ein. Vergleicht man die Sterblichkeitsverhältnisse 1996/98 mit denen von 1991/93, dann ist allein in diesem Zeitraum die Lebenserwartung in Ostdeutschland um rund 2,3 Jahre bei den Frauen und 2,6 Jahre bei den Männern gestiegen. In Westdeutschland war der Zuwachs mit einem Jahr (Frauen) und rund 1,2 Jahren (Männer) weitaus schwächer.

Anfänglich wurde die Erhöhung der Lebenserwartung vornehmlich durch die Verringerung der Kindersterblichkeit erreicht; in den letzten Jahrzehnten konnte jedoch auch die Sterblichkeit in den mittleren und höheren Altersjahren merklich reduziert werden. So können 65-jährige Männer heutzutage mit durchschnittlich weiteren 14,4 (Ostdeutschland) bzw. 15,3 (Westdeutschland) Jahren rechnen, für 65-jährige Frauen ergibt sich eine weitere durchschnittliche Lebenserwartung von 18,2 (Ostdeutschland) bzw. 19 (Westdeutschland) Jahren. Dies ist gegenüber der Lebenserwartung 65-jähriger nach den Sterblichkeitsverhältnissen 1970/72 eine Zunahme um über 3 Jahre. 80-jährige Männer können sich weiterer 6,3 (Ostdeutschland) bzw. 6,8 (Westdeutschland) Lebensjahre erfreuen, bei den Frauen sind es 7,9 (Ostdeutschland) bzw. 8,3 (Westdeutschland) Jahre. Insgesamt ist die Lebenserwartung der 65-jährigen und der 80-jährigen im Zeitraum 1980/97 stärker gestiegen als die der Neugeborenen und auch hier war der Zuwachs in den letzten Jahren in Ostdeutschland besonders hoch.

Veränderungen in der Lebenserwartung werden allgemein als langfristige Trends angesehen, da diese durch die Lebensweise, die medizinische Versorgung und den medizinischen Fortschritt während des gesamten Lebens bestimmt werden. Die deutliche Erhöhung der Lebenserwartung in Ostdeutschland wirft deshalb die Frage nach den Ursachen dieser sich in kurzer Zeit vollzogenen Entwicklung auf. Einen Hinweis hierauf könnte die Entwicklung der Sterblichkeit differenziert nach den einzelnen Todesursachen geben. Zu den häufigsten Todesursachen gehören sowohl in West- als auch in Ostdeutschland die Herz- und Kreislauferkrankungen sowie die bösartigen Neubildungen. Insbesondere ab dem 65. Lebensjahr ist hier die Sterblichkeit sehr hoch. Dennoch liegen deutliche Unterschiede in der Sterblichkeit nach Todesursachen zwischen West- und Ostdeutschland vor.

1991 starben je 100 000 Einwohner in Ostdeutschland bei den Männern rund 600 an Krankheiten des Kreislaufsystems, bei den Frauen waren es 800 (Tabelle 7). In Westdeutschland lagen die Sterbeziffern bei 470 (Männer) bzw. 600 (Frauen). Bei der Betroffenheit durch bösartige Neubildungen lagen die Sterbeziffern näher beieinander, wobei die Sterblichkeit in Ostdeutschland etwas geringer ausfiel als in den westlichen Bundesländern. Während in den neuen Bundesländern bis 1997 die Sterblichkeit (gemessen als Sterbefälle je 100 000 Einwohner) insgesamt um rund 15 % (sowohl Männer als auch Frauen) zurückgegangen ist, hat sich die Sterblichkeit durch Krankheiten des Kreislaufsystems um fast 22 % bei den Männern und rund 17 % bei den Frauen verringert. In der Altersgruppe der 65-jährigen und Älte-

³⁶ Vgl. Dorbritz, Gärtner (1998), 421 und 427 f.

Tabelle 6

Lebenserwartung in West- und Ostdeutschland

Abgekürzte Sterbetafeln	Mittlere fernere Lebenserwartung eines / einer					
	Neugeborenen		65-jährigen		80-jährigen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in Jahren					
	Westdeutschland ¹⁾					
1960/62	66,86	72,39	12,36	14,60	5,24	5,85
1970/72	67,41	73,83	12,06	15,18	5,36	6,16
1979/81	69,90	76,59	13,00	16,63	5,70	6,91
1986/88	72,13	78,65	13,97	17,79	6,05	7,59
1991/93	73,11	79,48	14,58	18,35	6,34	7,88
1992/94	73,37	79,69	14,72	18,49	6,45	7,98
1993/95	73,53	79,81	14,79	18,57	6,49	8,03
1994/96	73,79	80,00	14,94	18,70	6,63	8,11
1995/97	74,07	80,21	15,08	18,85	6,72	8,20
1996/98	74,42	80,46	15,28	19,00	6,84	8,30
	Ostdeutschland ²⁾					
1960/61	67,31	72,18	12,70	14,59	5,21	5,73
1971/72	68,46	73,73	11,99	14,51	5,14	5,69
1980	68,67	74,61	12,06	14,94	4,93	5,84
1986/87	69,73	75,74	12,54	15,47	5,16	6,15
1991/93	69,86	77,18	13,26	16,69	5,65	7,04
1992/94	70,31	77,72	13,51	17,07	5,82	7,27
1993/95	70,71	78,16	13,55	17,34	5,88	7,41
1994/96	71,20	78,55	13,90	17,60	6,03	7,58
1995/97	71,77	79,01	14,13	17,89	6,14	7,76
1996/98	72,41	79,45	14,42	18,18	6,31	7,93
	Jährliche durchschnittliche Wachstumsrate in %					
	Westdeutschland					
1961/80	0,23	0,30	0,27	0,69	0,44	0,88
1980/97	0,37	0,29	0,96	0,79	1,08	1,08
	Ostdeutschland					
1961/80	0,11	0,17	-0,27	0,12	-0,29	0,10
1980/97	0,31	0,37	1,06	1,16	1,46	1,82

¹⁾ 1970/72 und 1986/88 allgemeine Sterbetafeln auf der Grundlage der Volkszählungen 1970 bzw. 1987. — ²⁾ 1971/72 und 1986/87 allgemeine Sterbetafeln.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Jahrbücher der DDR; Berechnungen des DIW.

ren fällt der Rückgang mit 33 % (Männer) und 22 % (Frauen) noch merklich höher aus. Insbesondere dem Tod durch Herzinsuffizienz konnte wirksam begegnet werden. Hier konnten Erfolge zwar ebenfalls in Westdeutschland erzielt werden, der Sterblichkeitsrückgang war mit 15 % (Männer) bzw. 7 % (Frauen) jedoch geringer.

7. Ergebnisse der Veränderung der demographischen Komponenten: Verschiebungen in der Alters-, Haushalts- und Familienstruktur

Der drastische Geburtenrückgang in Ostdeutschland, die Abwanderungen vornehmlich jüngerer Erwerbspersonen aus Ost- nach Westdeutschland, die massiven

Zuwanderungen zumeist in die westlichen Bundesländer sowie die Erhöhung der Lebenserwartung haben nicht nur die regionalen Unterschiede in der Bevölkerungsdichte verstärkt, sondern auch zu einer merklichen Verschiebung in der Altersstruktur der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland geführt. Während 1989 die Bevölkerung in den östlichen Bundesländern im Durchschnitt jünger war als in Westdeutschland, setzte durch die demographischen Veränderungen eine starke Alterung der Bevölkerung ein. 1989 waren in Ostdeutschland 25,5 % unter 20 Jahren, 56,2 % 20 bis unter 60 Jahre und 18,3 % 60 Jahre alt oder älter (Tabelle 8). Bis zum Jahresende 1998 hat sich der Anteil der unter 20-jährigen auf 21,2 % verringert und ist damit unter das westdeutsche Niveau gesunken. Der Anteil der 60-jährigen und

Älteren hat sich auf 22,5% erhöht und lag damit etwas über dem Durchschnitt in den alten Bundesländern. Insbesondere die Altersgruppe der unter 20-jährigen, aber auch die Altersgruppe der 20- bis unter 60-jährigen verlor in Ostdeutschland merklich an Einwohnerzahlen: Am Jahresende 1998 war die Zahl der Personen unter 20 Jahren in Ostdeutschland um rund 930 000 geringer als am Jahresende 1989. Der Rückgang der Personenzahl im erwerbsfähigen Alter betrug rund 640 000. Dagegen stieg die Zahl der 60-jährigen und Älteren um 430 000. In Westdeutschland hat zwar die Einwohnerzahl in allen Altersgruppen zugenommen, die Zunahme war jedoch mit rund 1,9 Millionen bei den 60-jährigen und Älteren fast doppelt so hoch wie bei den 20- bis unter 60-jährigen und fast 1,5 mal so hoch wie bei den Jüngeren. Damit ist die Alterung der Bevölkerung in Deutschland insgesamt vorangeschritten und dies trotz der Zuwanderung von netto rund 5 Millionen vergleichsweise jüngerer Personen.

Die Veränderungen im Geburtenverhalten, in der Sterblichkeit, im Heirats- und Scheidungsverhalten sowie in den Partnerbeziehungen wirken sich ebenfalls auf die

Haushalts- und Familienstrukturen aus. Da nicht Individuen, sondern Haushalte oder Familien die Akteure auf den Gütermärkten sind und individuelle Entscheidungen zumeist im Haushalts- oder Familienkontext gefällt werden, wie die Erwerbsbeteiligung, sollen hier zusätzlich die Veränderungen dieser Größen aufgezeigt werden.³⁷

Angesichts der Wohnraumknappheit in der DDR und der speziellen Vergabebedingungen für Wohnraum, die Personen mit Kindern bevorzugten, war der Anteil der Einpersonenhaushalte in den jüngeren Altersgruppen in Ostdeutschland auch noch 1991 wesentlich geringer als im westlichen Bundesgebiet. Von den 20- bis unter 25-jährigen lebten 1991 in Ostdeutschland rund 11% in Einpersonenhaushalten, von den 25- bis unter 30-jährigen rund 10% (Tabelle 9). In Westdeutschland lagen die Anteile Alleinwohnender bei 18% (20- bis unter 25-jährige) und 22%. Die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaft-

³⁷ Daten über Haushalte und Familien liegen aus den Mikrozensus-erhebungen vor, die erstmals 1991 auch in den neuen Bundesländern durchgeführt wurden. Deshalb muss sich der Betrachtungszeitraum hier auf die Jahre 1991 bis 1998 beschränken.

Tabelle 8

Veränderung der Bevölkerung 1998/1989

	Altersgruppen von ...bis unter ... Jahren			Insgesamt
	0–20	20–60	60 u. ä.	
Bestand 1989 in 1000 Personen				
Westdeutschland	13 071	36 533	13 075	62 679
Ostdeutschland	4 183	9 243	3 008	16 434
Deutschland	17 254	45 777	16 082	79 113
Altersstruktur 1989 in %				
Westdeutschland	20,9	58,3	20,9	100,0
Ostdeutschland	25,5	56,2	18,3	100,0
Deutschland	21,8	57,9	20,3	100,0
Bestand 1998 in 1000 Personen				
Westdeutschland	14 335	37 486	14 927	66 747
Ostdeutschland	3 249	8 605	3 436	15 290
Deutschland	17 584	46 091	18 362	82 037
Altersstruktur 1998 in %				
Westdeutschland	21,5	56,2	22,4	100,0
Ostdeutschland	21,2	56,3	22,5	100,0
Deutschland	21,4	56,2	22,4	100,0
Veränderung des Bestandes 1998/89 in 1000 Personen				
Westdeutschland	1 264	952	1 852	4 068
Ostdeutschland	-934	-638	428	-1 144
Deutschland	330	314	2 280	2 924
in %				
Westdeutschland	9,7	2,6	14,2	6,5
Ostdeutschland	-22,3	-6,9	14,2	-7,0
Deutschland	1,9	0,7	14,2	3,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Tabelle 9

Bevölkerung im Alter bis 30 Jahren in Privathaushalten
Anteile in Einpersonenhaushalten
in %

Altersgruppen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bevölkerung insgesamt								
Ostdeutschland								
unter 20	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	0,6
20–25	11,4	12,4	14,2	15,5	15,3	16,0	16,3	17,4
25–30	9,7	11,1	12,4	14,2	15,3	17,8	19,1	20,6
Westdeutschland								
unter 20	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,6
20–25	18,3	18,3	18,5	19,2	19,7	20,4	20,0	20,9
25–30	21,7	22,1	22,6	22,8	23,9	24,5	25,0	24,4
Männer								
Ostdeutschland								
unter 20	0,6	0,4	0,4	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5
20–25	13,1	14,0	16,1	16,7	16,4	17,6	17,8	18,8
25–30	13,7	15,5	17,0	19,6	20,6	23,8	25,0	26,4
Westdeutschland								
unter 20	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5
20–25	17,6	17,6	17,9	18,6	18,8	19,3	19,0	20,5
25–30	24,5	24,7	25,2	25,7	27,1	27,8	28,7	28,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 1, R 3; Berechnungen des DIW.

tung, die Veränderung der Einstellung zur frühen Geburt und zur frühen Partnerbindung haben zu einem wesentlichen Anstieg Alleinwohnender in den östlichen Bundesländern geführt. 1998 lebten bereits über 17% der 20- bis unter 25-jährigen und fast 21% der 25- bis unter 30-jährigen in Einpersonenhaushalten. Insbesondere bei den Männern ist der Anteil Alleinwohnender gestiegen. Während 1991 noch 13% (20- bis unter 25-jährige) bzw. 13,7% (25- bis unter 30-jährige) allein wohnten, waren es 1998 bereits 19% (20–25) bzw. über 26% (25–30).

Die Veränderungen im Familien- und Haushaltsbildungsverhalten spiegeln sich ebenso in den Haushaltsstrukturen wider. So waren 1991 in Ostdeutschland von den Haushalten mit männlicher Bezugsperson unter 25 Jahren 40% Einpersonenhaushalte. Bis 1998 ist der Anteil auf gut zwei Drittel gestiegen und lag damit sogar etwas über dem westlichen Anteilswert. Ähnlich sieht die Entwicklung bei den ostdeutschen Haushalten mit weiblicher Bezugsperson unter 25 Jahren aus. Während bei den jüngeren Personen der Trend zu den Singlehaushalten anhält, verstärkt sich bei den Älteren der Trend zum Zweipersonenhaushalt. In der Vergangenheit war ein Großteil der Einpersonenhaushalte Älterer durch die Haushalte verwitweter Frauen als Folge des Zweiten Weltkrieges geprägt. Dieser „Kriegerwitwenefekt“ scheint an Bedeutung zu verlieren, denn sowohl in Ost-

als auch in Westdeutschland ist die Zahl der alleinlebenden Männer und der Mehrpersonenhaushalten vorstehenden Männer gestiegen.

Angesichts der demographischen Veränderungen ist im Zeitraum 1991 bis 1998 die Zahl der Familien in Ostdeutschland insgesamt um 270 000 oder 6% zurückgegangen (Tabelle 10). Zu den Familien zählen Ehepaare ohne im Haushalt lebende ledige Kinder, Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehende. Während sich die Zahl der Ehepaare mit Kindern um 435 000 verringerte, nahmen sowohl die Ehepaare ohne Kinder als auch die Alleinerziehenden zahlenmäßig und anteilmäßig zu. So ist der Anteil der Alleinerziehenden von 14,6% (1991) auf 17,3% (1998) gestiegen. Mehr als verdreifacht hat sich dabei die Zahl der Alleinerziehenden, die zwar verheiratet sind, aber allein leben. Die Ehescheidungen sind somit zwar wie oben beschrieben nach der Vereinigung zurückgegangen, aber gleichzeitig ist die Zahl der verheiratet getrennt lebenden Personen gestiegen.

Mit rund 20% war die Zunahme bei den ledigen allein erziehenden Frauen recht hoch. Dabei ist nicht nur die Zahl der ledigen Mütter mit einem Kind, sondern auch mit zwei und drei oder mehr Kindern gestiegen. Inwieweit es sich hierbei tatsächlich um Alleinerziehende oder um Frauen in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft handelt, kann aus dieser Statistik nicht abgelesen werden. Da aber

Entwicklung der Familienstrukturen
Vertikalstruktur

Familien	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	1991	1998	1991	1998
	Insgesamt			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Ehepaare ohne im Haushalt lebende ledige Kinder	36,3	40,5	38,6	42,4
Ehepaare mit Kindern	49,1	42,2	50,7	46,1
Alleinerziehende insgesamt	14,6	17,3	10,7	11,5
— Männer zusammen	1,9	2,5	1,8	2,3
ledig	0,6	0,8	0,2	0,5
verheiratet, getrennt lebend	0,1	0,3	0,3	0,3
verwitwet, geschieden	1,2	1,4	1,3	1,4
— Frauen zusammen	12,7	14,9	8,9	9,2
ledig	4,4	5,6	1,6	2,0
verheiratet, getrennt lebend	0,3	1,3	0,9	1,3
verwitwet, geschieden	8,0	7,9	6,4	5,9
	Anteile an Familien insgesamt mit 1 Kind			
Insgesamt	33,5	33,0	31,4	28,2
Ehepaare ohne im Haushalt lebende ledige Kinder	-	-	-	-
Ehepaare mit Kindern	47,4	50,2	46,7	44,1
Alleinerziehende insgesamt	70,2	68,2	72,1	68,6
— Männer zusammen	75,0	76,1	73,9	72,6
ledig	84,6	82,9	85,3	77,6
verheiratet, getrennt lebend	75,0	69,2	66,7	66,1
verwitwet, geschieden	70,7	73,8	73,7	72,5
— Frauen zusammen	69,5	66,9	71,7	67,7
ledig	82,8	77,7	84,4	79,7
verheiratet, getrennt lebend	56,3	47,5	59,5	53,0
verwitwet, geschieden	62,7	62,4	70,4	66,9
	mit 2 Kindern			
Insgesamt	25,1	21,9	22,2	21,6
Ehepaare ohne im Haushalt lebende ledige Kinder	-	-	-	-
Ehepaare mit Kindern	43,8	41,3	39,2	41,0
Alleinerziehende insgesamt	24,4	25,8	21,7	24,1
— Männer zusammen	21,6	20,2	19,9	22,0
ledig	11,5	20,0	11,8	17,6
verheiratet, getrennt lebend	25,0	15,4	27,1	27,4
verwitwet, geschieden	25,9	21,3	19,6	22,1
— Frauen zusammen	24,8	26,7	22,9	0,0
ledig	14,7	18,6	13,4	0,0
verheiratet, getrennt lebend	31,3	42,4	34,6	0,0
verwitwet, geschieden	30,0	29,8	23,0	25,3
	mit 3 und mehr Kindern			
Insgesamt	5,2	4,6	7,8	7,7
Ehepaare ohne im Haushalt lebende ledige Kinder	-	-	-	-
Ehepaare mit Kindern	8,9	8,5	14,2	14,9
Alleinerziehende insgesamt	5,9	6,0	6,1	7,3
— Männer zusammen	5,7	2,8	5,6	5,7
ledig	/	/	/	/
verheiratet, getrennt lebend	/	/	/	/
verwitwet, geschieden	13,8	9,8	5,4	4,7
— Frauen zusammen	5,9	6,6	6,3	7,7
ledig	2,0	5,3	1,8	3,1
verheiratet, getrennt lebend	6,3	11,9	8,0	12,7
verwitwet, geschieden	7,8	7,8	6,6	7,7
Quellen: Statistisches Bundesamt, FS 1, R 3; Berechnungen des DIW.				

die Zahl der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften zwischen 1991 und 1998 in Ostdeutschland ebenfalls um 150 000 gestiegen ist und 1998 in 48 % dieser Lebensgemeinschaften Kinder lebten, ist zu vermuten, dass zwar statistisch die Zahl der ledigen allein erziehenden Mütter zugenommen hat, es sich hierbei jedoch oftmals um Mütter in einer Partnerbeziehung handelt.

Der Wandel in der Lebenseinstellung und im generativen Verhalten in Ostdeutschland hat im Zeitraum 1991 bis 1998 dazu geführt, dass der Anteil der Frauen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren ohne Kinder von 77 % auf nahezu 94 % gestiegen ist und damit 1998 sogar etwas über dem westdeutschen Wert lag. In der Altersgruppe der 25- bis unter 45-jährigen lag der Anteil kinderloser Frauen in Westdeutschland mit rund 37 % auch noch 1998 wesentlich über demjenigen in Ostdeutschland (21 %), obwohl hier zwischen 1991 und 1998 ebenfalls der Anteil kinderloser Frauen um 50 % gestiegen ist. Die Veränderungen in den Haushalts- und Familienstrukturen sowie bei den nicht ehelichen Lebensgemeinschaften werden anhalten und langfristige Auswirkungen haben. Denn der Wandel im generativen Verhalten und in der Lebenseinstellung ist nur zum kleineren Teil als kurzfristige Reaktion auf die geänderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu begreifen, zum größeren Teil steht dahinter eine langfristig anhaltende Verhaltensänderung und ein Wertewandel.

9. Fazit

Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Übernahme der bundesdeutschen Gesetzgebung sowie des Wirtschaftssystems verbunden waren, haben die demographische Entwicklung in Ostdeutschland nachhaltig geprägt. Der radikale Umbau des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems hat zu einem „Schockverhalten“ geführt. Der Umbruch hat die Individuen in fast allen Lebensbereichen getroffen. Entsprechend groß waren die Verunsicherungen und Unsicherheiten über die persönliche Zukunft. Da die meisten Menschen risikoscheu sind, haben sie in gewisser Weise mit Zurückhaltung reagiert. Hierzu gehört beispielsweise der Verzicht auf (weitere) Kinder angesichts drohender oder bereits vollzogener Arbeitslosigkeit und der künftigen finanziellen Lage. Ein weiteres Beispiel gibt der Rückgang der Scheidungshäufigkeit und ein Festhalten an stabilen Familienstrukturen als Ausgleich der sonstigen vielfältigen Unsicherheiten.

Der fast ohne Übergangszeitraum abrupt vollzogene Systemwechsel hat in Ostdeutschland zu stärkeren Reaktionen geführt als in anderen Transformationsländern in Mittel- und Osteuropa. So ist zwar in allen Transformationsländern — von denen in den Abbildungen 3 bis 6 die Länder Bulgarien, Tschechische Republik, Polen,

Ungarn und Rumänien beispielhaft aufgeführt sind — durch den Wechsel des Wirtschaftssystems und die gesellschaftliche Liberalisierung die Geburtenziffern ebenfalls gesunken, ein solch drastischer Einbruch wie in Ostdeutschland war jedoch nicht zu beobachten. Vielmehr hat sich im Betrachtungszeitraum 1990 bis 1998 der Rückgang der Geburtenhäufigkeit in den betrachteten Ländern stetig vollzogen. In Bulgarien und der Tschechischen Republik ist die Geburtenziffer innerhalb des Betrachtungszeitraumes um rund 40 % gefallen. In den anderen aufgeführten Ländern war der Rückgang mit etwa 30 % geringer.

Bei den Eheschließungen und Ehescheidungen gab es in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern ebenfalls merkliche Veränderungen. Während in Ostdeutschland die Gesamtersteschesließungsziffer bis 1992 auf rund 30 % zurückging und sich anschließend lediglich leicht erholte, gingen die Eheschließungsziffern in den übrigen hier betrachteten Ländern kontinuierlich zurück. Sie lagen jedoch auch 1997 noch deutlich über dem ostdeutschen Wert. Dennoch war der Wandel in der Familienbildung in diesen Transformationsländern beachtlich. So hat sich die Gesamtersteschesließungsziffer in der Tschechischen Republik in etwa halbiert.

Die Neigung, der Umbruchsituation in der Gesellschaft mit stabilen familiären Verhältnissen zu begegnen, war ebenfalls in Ostdeutschland am stärksten ausgeprägt. Zwar ist in fast allen hier betrachteten Ländern ein Rückgang der Scheidungsziffer zu beobachten, die Niveauveränderungen waren aber im Zeitraum 1990 bis 1997 wesentlich geringer als in Ostdeutschland. Dies scheint erneut die These zu bestätigen, dass der rasche Systemwechsel mit all seinen Unwägbarkeiten einen wesentlichen Einfluss auf dieses Verhalten hatte.

Die bessere medizinische Versorgung und die rückbaubedingte Verringerung der Schadstoffbelastung haben zu einer Steigerung der Lebenserwartung in Ostdeutschland geführt, die höher war als im westlichen Bundesgebiet. Die Entwicklung der Lebenserwartung in den hier betrachteten Transformationsländern war hingegen nicht einheitlich. In Bulgarien und Rumänien ist die Lebenserwartung im Betrachtungszeitraum insbesondere bei den Männern gesunken, in den übrigen Ländern hat sie zwar zugenommen, aber wesentlich langsamer als in Ostdeutschland. Die genauen Ursachen für den Anstieg der Sterblichkeit in den beiden Ländern sind nicht bekannt. Vermutet wird, dass die Verschlechterung der Lebensbedingungen und ein höherer Alkoholkonsum zur Verringerung der Lebenserwartung beigetragen haben.³⁸ In den sich wirtschaftlich besser entwickelnden Ländern Tschechische Republik und Ungarn sind hingegen die Lebenserwartungen sowohl der Männer als auch der Frauen merklich gestiegen.

³⁸ Vgl. Meyerfeld (1998), 78 f.

Abbildung 3

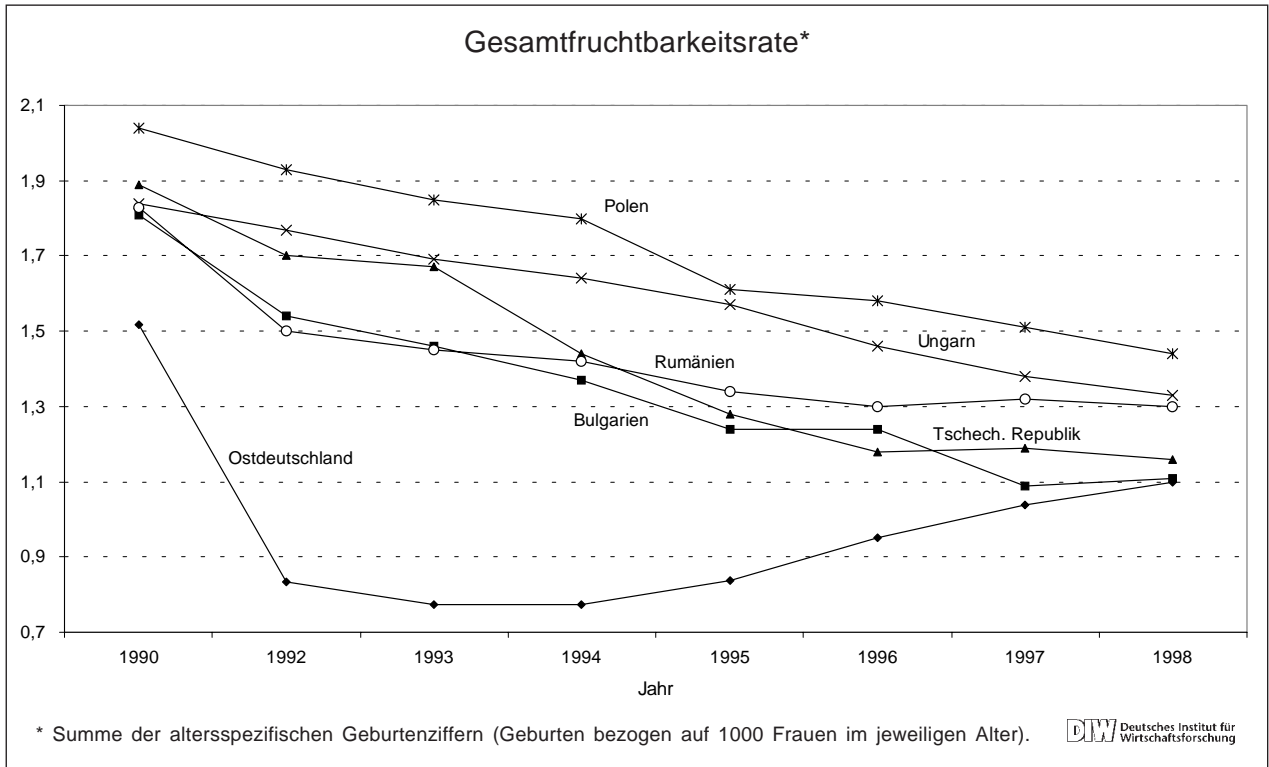


Abbildung 4

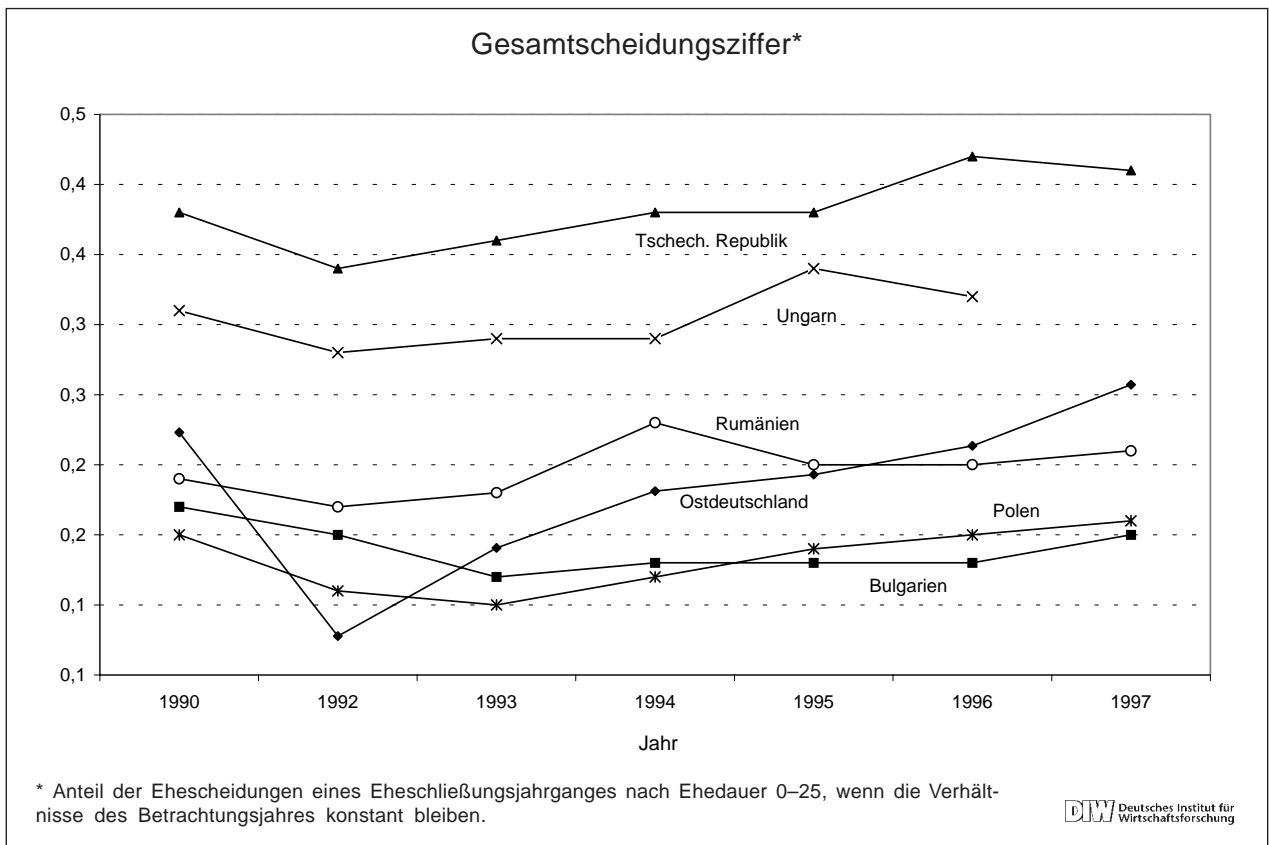


Abbildung 5

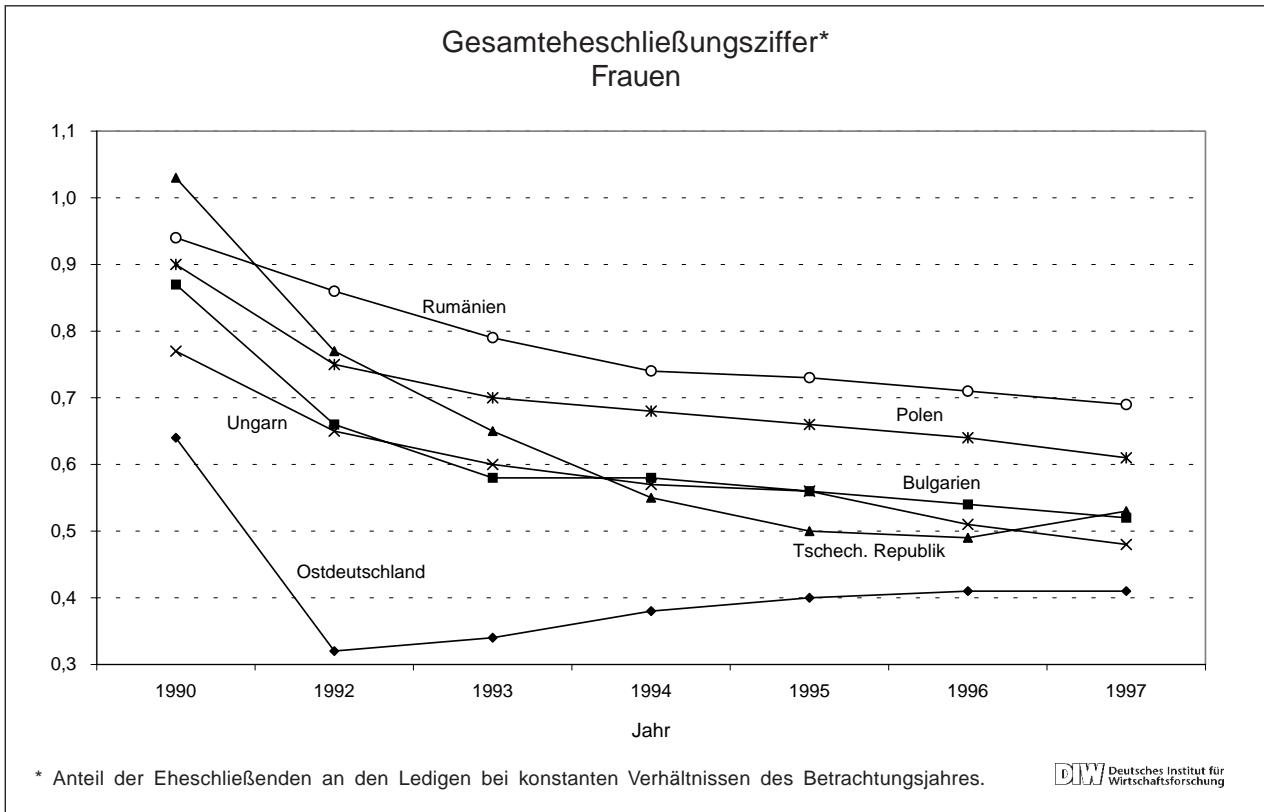
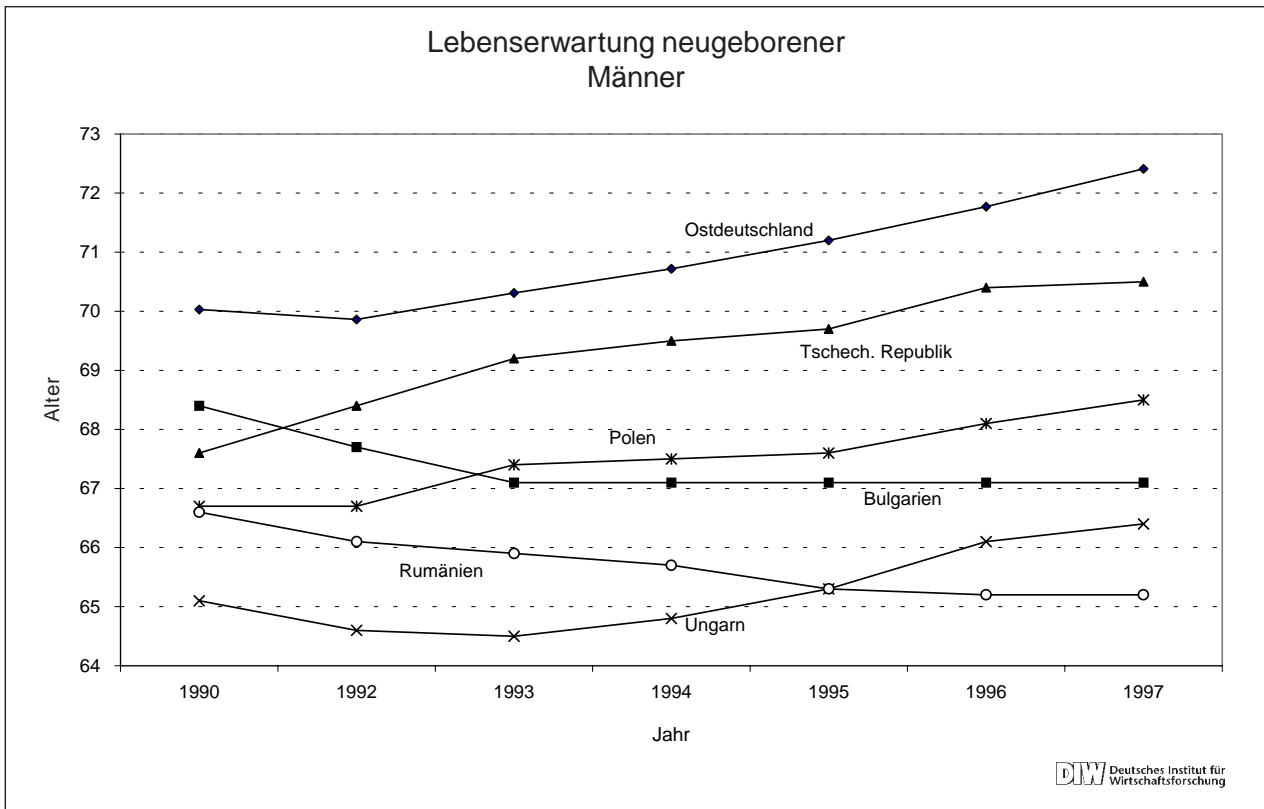


Abbildung 6



Insgesamt bleibt festzuhalten, dass nicht nur die Einigung Deutschlands — mit der Übernahme der bundesdeutschen Gesetze und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber auch den personellen und vor allen finanziellen Hilfen — Ostdeutschland innerhalb der Transformationsländer in eine Sonderstellung gebracht hat. Sondern, dass auch die Verhaltensreaktionen deutlich stärker ausfielen als in den anderen Transformationsländern und Ostdeutschland somit auch in dieser Beziehung

eine Sonderstellung einnimmt. Inwieweit hier langfristig ein Angleichen in den Verhaltensweisen stattfindet, bleibt abzuwarten. Feststeht, dass die Veränderungen der letzten zehn Jahre — insbesondere der drastische Rückgang der Geburtenzahlen — nachhaltig auf die künftige Bevölkerungsentwicklung wirkt. Denn die „ausgefallenen“ Geburten bewirken, dass in 15 bis 20 Jahren die Generation der potentiellen Eltern im gleichen Maße zurückgeht und sich somit die „Wellenbewegung“ fortsetzt.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) (1991) (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1991/92, Bonn.*
- Bundesregierung (1990a): Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Anlage I, Artikel 6. Bulletin der Bundesregierung, Nr. 63 vom 18.5.90.*
- Bundesregierung (1990b): Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands — Einigungsvertrag —. Bulletin der Bundesregierung, Nr. 104 vom 9. September 1990.*
- Dorbritz, Jürgen (1997): Der demographische Wandel in Ostdeutschland — Verlauf und Erklärungsansätze. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2/3, 1997, 239-268.*
- Dorbritz, Jürgen und Jochen Fleischhacker (1995): Der Übergang von der Bevölkerungs- zur Familienpolitik in den neuen Bundesländern — ein Beitrag zum familienpolitischen Diskurs in Deutschland. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2, 183-185.*
- Dorbritz, Jürgen und Karla Gärtner (1998): Bericht 1998 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B „Ehescheidungen — Trends in Deutschland und im internationalen Vergleich“. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft4, 373-458.*
- Herbert, Ulrich (1986): Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980 — Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Berlin, Bonn.*
- Kirner, Ellen und Erika Schulz (1992a): Das „Drei-Phasen-Modell“ der Erwerbsbeteiligung von Frauen — Begründung, Norm und empirische Relevanz. In: Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.): Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch. DIW-Sonderheft Nr. 148, 17-55. — Kirner, Ellen und Erika Schulz (1992b): Unterbrochene Erwerbsverläufe von Frauen mit Kindern — Traditionelles familienpolitisches Leitbild fragwürdig. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19, 249-257.*
- Kirner, Ellen, Erika Schulz und Juliane Roloff (1990): Vereintes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft? Erwerbsbeteiligung und Kinderzahl in beiden Teilen Deutschlands. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41, 575 ff.*
- Meyerfeld, Manuela (1998): Transformationsprozesse in Bulgarien — Konsequenzen des Verfalls der sozialistischen Strukturen eines Landes am Beispiel der Bevölkerungsentwicklung. In: Fleischhacker/Münz (Hrsg.): Gesellschaft und Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa im Umbruch. Demographie aktuell, Nr. 13, 78 f.*
- Myrdal, Alva und Viola Klein (1960): Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Köln, Berlin.*
- Roloff, Juliane (1996): Familieneinkommen, Kinderkosten und deren Einfluss auf generative Verhaltensentscheidungen. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 82d: Familienbildung und Kinderwunsch in Deutschland, Wiesbaden.*
- Roloff, Juliane (1997): Schwangerschaftsabbruch in West- und Ostdeutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 27, Wiesbaden.*
- Schulz, Erika (1995): Alternde Gesellschaft — Zur Bedeutung von Zuwanderungen für die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33, 579-589.*
- Schulz, Erika und Heinz Vortmann (1990): Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23-24, 315 f.*
- Schwarz, Karl (1992): Geburtenentwicklung und Familienpolitik in der (früheren) DDR. Zeitschrift für Familienforschung, Heft 3, 248-262.*
- Schwarz, Karl (1999): Rückblick auf eine demographische Revolution. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 3, 241 f.*
- Statistisches Bundesamt (1991): Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland, Wiesbaden.*

Statistisches Bundesamt (1993): Statistisches Jahrbuch 1993 für das vereinte Deutschland, Wiesbaden.

Vaskovics, Laszlo u. a. (1994): Familien- und Haushaltsstrukturen in der ehemaligen DDR und in der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 1989 — ein Vergleich. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 24, Wiesbaden.

Vortmann, Heinz (1989): DDR: Stabilisierung der Geburtenrate durch Sozialpolitik. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44, 548–558.

Wendt, Hartmut (1993): Familienbildung und Familienpolitik in der ehemaligen DDR. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 22, 12 f.

Winkler, Gunnar (1990) (Hrsg.): Frauenreport '90, Berlin.

Summary

Transformation Determines Population Development in Germany

The political and social changes which were connected with the take-over of the legal and economic system of West-Germany, have had a lasting influence on demographic development in east Germany. The radical upheaval in almost all spheres of life and the related uncertainties regarding one's personal future caused most people to react with caution — something shown by a comparison with other countries in central and eastern Europe experiencing transformation. One of the more important effects is the foregoing of (further) children in view of (potential) unemployment and an uncertain financial status. The decline in divorces is also noticeable. Life expectancy increased at a faster rate in east Germany than the old states, something that can be traced back to improved medical care and a reduction in the level of pollution. The drastic fall of birth rates in particular, will have a lasting effect on future population development. The result of this will be that in 15 to 20 years, the generation of potential parents will fall in a similar degree.